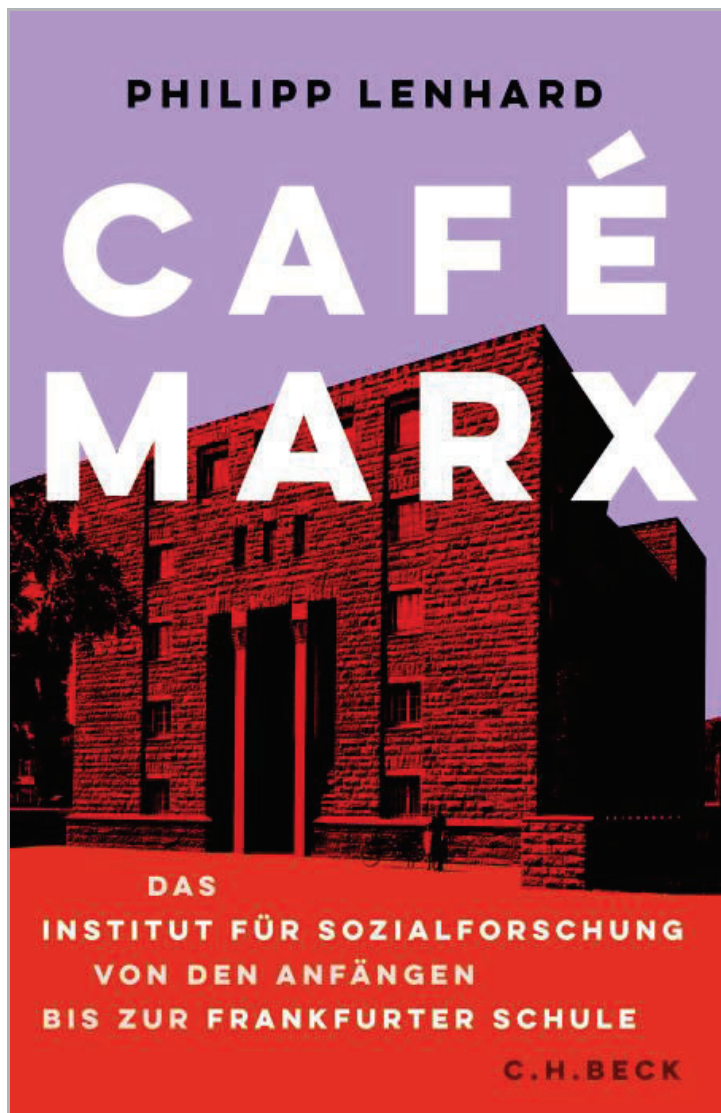


Unverkäufliche Leseprobe



Philipp Lenhard
Café Marx

Das Institut für Sozialforschung von den Anfängen
bis zur Frankfurter Schule

2024. 624 S., mit 6 Abbildungen

ISBN 978-3-406-81356-6

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/36194844>

© Verlag C.H.Beck oHG, München
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie können gerne darauf verlinken.

PHILIPP LENHARD

CAFÉ MARX

PHILIPP LENHARD

CAFÉ MARX

Das Institut für Sozialforschung
von den Anfängen bis
zur Frankfurter Schule

C.H.Beck

Mit 6 Abbildungen

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2024

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg

Umschlagabbildung: Das am 22. Juni 1924 eingeweihte Gebäude des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt. © Franz Roeckle-Archiv, Deutsches Architekturmuseum, Frankfurt am Main

Satz: Fotosatz Amann, Memmingen

Druck und Bindung: Pustet, Regensburg

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 81356 6



verantwortungsbewusst produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

Inhalt

Einleitung	7
I. Ein marxistisches Institut entsteht (1918–1924)	
1. Lazarett und Schützengraben: Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Linke	15
2. Auf der Barrikade: Das Scheitern der Revolution und die Erneuerung des Marxismus	29
3. Zwischen den Institutionen: Die Gründung des Instituts für Sozialforschung	45
4. Im Bahnhofshotel: Die marxistische Linke im Krisenjahr 1923	63
II. Das «Café Marx» des Prof. Grünberg (1924–1930)	
5. Eine Festung: Das Institut im deutschen Universitätssystem ...	85
6. In der Bibliothek: Geschlechterverhältnisse und soziale Hierarchien	102
7. Hausdurchsuchung: Das Sozialwissenschaftliche Archiv und die Marx-Engels-Verlagsgesellschaft	117
8. Im Seminarraum: Eine unorthodoxe Lehranstalt für Arbeiter, Studenten und Künstler	145
III. Unterwegs zur Kritischen Theorie (1930–1933)	
9. Im Intérieur: Max Horkheimers engster Kreis	173
10. Auf der Couch: Das Frankfurter Psychoanalytische Institut	201
11. Im Kaffeehaus: Das Institut für Sozialforschung im Frankfurter Intellektuellenmilieu	214
12. Im Büro: Die Angestellten am Vorabend des Dritten Reiches ..	231
13. Auf der Flucht: Hitlers Machtübernahme und die Institutsschließung	248

IV. Ein Asyl für Obdachlose (1933–1949)

14. Am Genfer See: Internationalisierung und die Zeitschrift für Sozialforschung	269
15. In der Hauptstadt des 19. Jahrhunderts: Die Pariser Zweigstelle und die Studien zu Autorität und Familie	303
16. Auf Morningside Heights: Flüchtlingshilfe und das Institute of Social Research	324
17. Im Konzentrationslager: Die Kritische Theorie und der Holocaust	344
18. Zwischen Atlantik und Pazifik: Antisemitismusforschung und die «Dialektik der Aufklärung»	372

V. Die Etablierung der «Frankfurter Schule» (1949–1973)

19. Unter Beobachtung: Die Rückkehr in die Bundesrepublik	433
20. Zwischen Ruinen: Der Wiederaufbau in Frankfurt 1951	458
21. Auf der Demonstration: Adorno, Habermas und die radikalen Studenten	489

VI. Nachleben (1973–2024)

22. (Nach-)Kritische Theorie: Verstreuung und das Erbe der Frankfurter Schule	527
---	-----

Anhang

Dank	534
Archive	535
Siglen und Abkürzungen	536
Anmerkungen	539
Bildnachweis	612
Personenregister	613

Einleitung

Biographien schreibt man üblicherweise über Tote. Nun ist das Institut für Sozialforschung, dessen Geschichte in diesem Buch erzählt wird, quicklebendig. Erst kürzlich hat der Soziologe Stephan Lessenich die neue Leitung des Instituts übernommen, Dutzende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler forschen über so vielfältige Themen wie den gesellschaftlichen Wandel in der Krankenpflege, Partizipationsrechte in supranationalen Organisationen, die Erfahrungen rumänischer Wanderarbeiter in der Baubranche oder die Bedeutung religiöser Kontingenzbewältigung. Wenn nun anlässlich des hundertsten Jahrestages der Gründung des Instituts dessen Geschichte vergegenwärtigt wird, dann auch deshalb, weil Forscherinnen und Forscher, die in der Tradition der «Frankfurter Schule» die Welt zu verstehen versuchen, auch in Zukunft noch auf den Schultern der Gründergeneration stehen werden.

Die Entwicklung der am Institut entstandenen Kritischen Theorie ist zwar keineswegs abgeschlossen. Als zeitgebundene Gesellschaftskritik, die in die jeweils herrschenden politischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse interveniert, ist ihr der Gedanke eines abgeschlossenen Gedankensystems sogar ausgesprochen fremd. Dennoch markiert der Tod Theodor W. Adornos (1969), Friedrich Pollocks (1970), Max Horkheimers (1973) – um nur die wichtigsten Akteure der Nachkriegszeit zu nennen – einen Bruch mit dem, was das Institut geschichtlich und intellektuell einst ausgezeichnet hat. Wer begreifen möchte, was die eigentümliche Kritische Theorie in ihrem Kern ausmacht, sollte sich über ihre historische Genese im Klaren sein. Deshalb konzentriert sich das vorliegende Buch auf den Zeitabschnitt, in dem die Gründergeneration des Instituts gewirkt hat, und kommt erst in einem Ausblick am Ende des Buches auf das Nachleben ihres Wirkens zurück. Dort wird auch beantwortet, inwiefern sich die heutigen Intentionen des Instituts von den ursprünglichen unterscheiden.

Wo und wann jedoch beginnen? Eingeweiht wurde das imposante Institutsgebäude an der Frankfurter Viktoria-Allee, die heute Senckenberg-

anlage heißt, am 22. Juni 1924. Formal wurde das Institut aber bereits anderthalb Jahre zuvor durch die Genehmigung des Hessischen Kultusministeriums gegründet. Die das Institut tragende «Gesellschaft für Sozialforschung» konstituierte sich sogar noch früher, im Oktober 1922. Noch komplizierter wird die Suche nach dem Ursprung, wenn die inhaltliche Arbeit des Instituts betrachtet wird: Das erste Seminar fand nicht in Frankfurt statt, sondern in Thüringen: Die «Erste Marxistische Arbeitswoche», die vom Institutsgründer Felix Weil gemeinsam mit seinen Kollegen Karl Korsch und Richard Sorge organisiert worden war, fand Pfingsten 1923 in einem Bahnhofshotel in Geraberg statt. Die wichtigsten Personen, die gewöhnlich mit der «Frankfurter Schule» assoziiert werden, wie etwa die Philosophen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, die Literaturwissenschaftler Leo Löwenthal und Walter Benjamin, der Psychoanalytiker Erich Fromm oder der Sozialphilosoph Herbert Marcuse, nahmen an der Arbeitswoche damals gar nicht teil.

Kurzum: Wenn wir über «das Institut» sprechen, müssen wir uns klar machen, dass damit ganz Verschiedenes gemeint sein kann. *Erstens* war es ein konkretes Gebäude an einem spezifischen Ort mit besonderen architektonischen und materialen Eigenschaften. *Zweitens* war es ein Treffpunkt für Wissenschaftler,¹ Studenten, marxistische Aktivisten, Bibliothekare und Verwaltungsangestellte. *Drittens* war es eine Forschungseinrichtung, die vertraglich in die jeweilige Wissenschaftslandschaft eingebunden war und organisatorisch von einem Verein und einer Stiftung getragen wurde. Und *viertens*, last but not least, war es eine sich über die Zeit seines Bestehens permanent verändernde Idee, in deren Dienst sich seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellten.

Diese Differenzierung macht bereits deutlich, dass die vorliegende Darstellung, anders als ihre Vorgängerinnen, weder eine Kollektivbiographie ist noch eine reine Ideengeschichte. Sie ist auch nicht auf einzelne Personen zugeschnitten, sondern nimmt tatsächlich «das Institut» in allen vier genannten Bedeutungen in den Blick. Dass dabei *auch* über einzelne Persönlichkeiten, Werke und Ideen gesprochen wird, versteht sich von selbst. Der methodische Zugriff ist aber ein anderer: Zum einen spürt dieses Buch den physischen und symbolischen Räumen nach, in denen sich das Institut materialisiert hat, zum anderen werden die wechselnden personellen und institutionellen Netzwerke rekonstruiert, die mit diesen

Räumen verbunden sind. Auf eine einfache Formel gebracht: *Wo* eigentlich war «das Institut», und *was* geschah dort konkret?

Bei dieser raum- und netzwerkgeschichtlichen Erzählung geraten vor allem Konstellationen in den Blick. Wie Sterne kreisen auch Personen, Ideen, Sachen um ein Zentrum, werden bisweilen aus ihrer Umlaufbahn gerissen und in den Sog eines neuen Zentrums katapultiert. Je weiter sich der Blick von den einzelnen Planeten und ihren Fixsternen entfernt, desto sichtbarer werden ganze Sternbilder, und am Ende bietet sich das gesamte Universum als eine Anordnung von Himmelskörpern dar. Erst in der Zusammenschau lassen sich Konstellationen lesen, und so fügt auch dieses Buch verschiedene Personen, Räume, Prozesse, Gedanken, Handlungen zu Konstellationen zusammen, aus denen sich die Geschichte des Instituts für Sozialforschung ergibt. Indem die einzelnen Elemente als Punkte in Konstellationen erfasst werden, so Walter Benjamin schon 1925 in der erkenntniskritischen Vorrede zu seinem Buch *Ursprung des deutschen Trauerspiels*, «sind die Phänomene aufgeteilt und gerettet zugleich».² Wer auf Konstellationen schaut, der nimmt zugleich einzelne Persönlichkeiten in den Blick, ohne sie zu verabsolutieren.

Besondere Aufmerksamkeit wird dabei den bislang in der Forschung wenig beachteten Randfiguren zuteil, unter anderem auch den am Institut arbeitenden Frauen. Das vorliegende Buch erhebt nicht den Anspruch, alle Personen, wissenschaftlichen Werke und historischen Anekdoten rund um die Geschichte des Instituts für Sozialforschung zu berücksichtigen. Es tritt vielmehr neben andere Darstellungen dieser Geschichte, nicht zuletzt die Standardwerke von Martin Jay, Rolf Wiggershaus oder Helmut Dubiel, denen der Autor viel verdankt. Doch die Akzentsetzung ist erkennbar eine andere: Zwar ist es spätestens seit 1930 unbestreitbar der enge Kreis um den Institutsdirektor Max Horkheimer gewesen, der die Geschehnisse des Instituts wesentlich lenkte; zugleich aber waren die vielen Mitarbeiter, Stipendiaten, Kooperationspartner, Verwaltungs- und Hausangestellten keine bloßen Objekte, die von einem autoritär regierenden Direktor gesteuert wurden, sondern sie hatten eigene Ideen und Interessen, denen bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Das bedeutet auch, das Institut für Sozialforschung nicht auf die Person Max Horkheimer (oder, nach 1945, Theodor W. Adorno) zu reduzieren, sondern es als einen lebendigen Ort des Austauschs und Konflikts zu begreifen.

Um diesen Raum anschaulich zu machen, wird jedem Kapitel eine Eröffnungsszene vorangestellt, die in das Thema des Abschnitts hineinführt. Die Szenen sind literarisch gestaltet, aber selbstverständlich basieren sie auf historischen Quellen und haben in zumindest ähnlicher Weise wie beschrieben stattgefunden.

Die Geschichte des Instituts für Sozialforschung ist elementar für das Verständnis der deutschen, europäischen und auch amerikanischen Geistesgeschichte des 20. Jahrhunderts. Sie umfasst sowohl die jüdische als auch die politische Geschichte des 20. Jahrhunderts, die Geistes- wie die Wissenschaftsgeschichte, die Geschichte der Emigration und der Schoah genauso wie die des Wiederaufbaus und Neuanfangs. Sie beginnt nicht mit der formellen Gründung des Instituts in den Jahren 1922 bis 1924, sondern reicht in die Zeit der europäischen Urkatastrophe zurück, nimmt ihren Ausgang auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkriegs und bei den revolutionären Umbrüchen, die solches Massenschlachten für die Zukunft verhindern sollten. In der Blutmühle des Weltkriegs, dem Kollaps der wilhelminischen Ordnung und den Versuchen einer radikalen Neugestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens wurzelt auch die Entstehung des Instituts für Sozialforschung.

Seine Gründung war eine Reaktion auf das Scheitern der Revolution. Schon früh erkannten Horkheimer und seine Kollegen, wie fragil die Weimarer Republik war, die 1918 aus der Novemberrevolution hervorgegangen war. Und das sowjetische Experiment in Russland, dem man lange – vielleicht zu lange – hoffnungsvoll und sympathisierend gegenübergestanden hatte, desavouierte sich mit jeder neuen Welle des Terrors und der Verfolgung selbst. Auch die Sowjetunion, so verstanden die Institutsmitarbeiter am Ende, war keine Alternative. Im Gegenteil, Stalins Despotie war ein Schreckbild für das, was aus der Marx'schen Theorie gemacht werden konnte, wenn sie in den Dienst von Herrschaft und Unterdrückung genommen wurde. Die Kritische Theorie, die in den folgenden Jahrzehnten am Institut für Sozialforschung in Abgrenzung sowohl vom bürgerlichen Liberalismus als auch vom Parteimarxismus entstand, war demnach, sehr zum Verdruss vieler Kommunisten, weniger revolutionäre Theorie als vielmehr Reflexion auf das Scheitern des aufklärerischen Geschichtsoptimismus. Sie war ein Eingedenken der «Dialektik der Aufklärung», wie eines der bekanntesten Bücher der Kritischen Theorie spä-

ter heißen sollte, ein Bewusstsein von der «Selbstzerstörung der Aufklärung».

Der naive Fortschrittsglaube und das blinde Vertrauen in die geschichtliche Vernunft, wie sie auch für den orthodoxen Marxismus charakteristisch waren, führten aus Sicht der Institutsmitarbeiter immer tiefer ins Verhängnis hinein. Dagegen setzten sie eine Selbstkritik der Aufklärung, ein Bewusstsein von den ihr innewohnenden destruktiven Tendenzen. «Wir hegen keinen Zweifel», heißt es in der Vorrede zur *Dialektik der Aufklärung* 1944, «dass die Freiheit in der Gesellschaft vom aufklärenden Denken untrennbar ist. Jedoch glauben wir, genauso deutlich erkannt zu haben, dass der Begriff eben dieses Denkens, nicht weniger als die konkreten historischen Formen, die Institutionen der Gesellschaft, in die es verflochten ist, schon den Keim zu ihrer Verkehrung enthalten, der heute überall sich ereignet. Nimmt Aufklärung die Reflexion auf dieses rückläufige Moment nicht in sich auf, so besiegelt sie ihr eigenes Schicksal.»³

Adorno und Horkheimer schrieben diese Zeilen, die als Essenz der Kritischen Theorie gelesen werden können, im Mai 1944, also zu einer Zeit, da sich die Niederlage NS-Deutschlands bereits abzeichnete und das Ausmaß der Vernichtung auf den Schlachtfeldern, in den Konzentrations- und Vernichtungslagern, in den europäischen Städten und Dörfern immer deutlicher wurde. Den «Keim zu jenem Rückschritt» der menschlichen Zivilisation sahen Adorno und Horkheimer lange vor 1933 in einer sozialen Ordnung, die auf Herrschaft und Ausbeutung, auf Unterdrückung und Opfer basierte. Dass Krieg und Barbarei keinen Betriebsunfall der bürgerlichen Gesellschaft darstellten, sondern Resultat von deren immanenter Logik waren, erfuhren die späteren Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung erstmals als Jugendliche. Der Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung in Krieg und Revolution war für sie ein Schlüsselerlebnis, das ihr politisches und philosophisches Bewusstsein bis zuletzt prägte. Das erste Kapitel dieses Buches muss daher mit dem Krieg beginnen.

I. Ein marxistisches Institut entsteht

1918–1924



Die alte Ordnung kollabiert: Revolutionäre Demonstration am 9. November 1918 in Berlin, Unter den Linden. Die Novemberrevolution war das Schlüsselereignis, das die erste Generation der Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung prägte. Sie waren direkt oder indirekt in das revolutionäre Geschehen involviert und von der politischen Entwicklung nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts enttäuscht. Ihr Marxismus war anfänglich vor allem eine Reaktion auf das Scheitern der erhofften sozialistischen Umwälzung.

1. Lazarett und Schützengraben

Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Linke

Frankfurt am Main, Deutsches Reich, Zeppelinallee 77, Herbst 1915. Geschäftiges Treiben in einer repräsentativen neoklassizistischen Villa in der vornehmen Zeppelinallee auf der Ginnheimer Höhe. In der großzügig geschnittenen und bis in den ersten Stock aufsteigenden offenen Eingangshalle, deren Decke mit goldverzierten Paneelen bedeckt ist und in deren Mitte ein automatisch betriebenes Welte-Mignon-Klavier steht, gehen Menschen auf und ab. Ein Aufzug und eine breite, hölzerne Treppe führen ins Obergeschoss, aber niemand beachtet sie. Die Hauptverkehrsader in diesem Palast beginnt an einer unweit des Eingangsportals liegenden unscheinbaren Tür, die in die Katakomben des Dienstpersonals führt, und verzweigt sich in der Halle hin zu einzelnen Räumen: der Bibliothek, dem Musikzimmer, dem Speisesaal und dem auf den umliegenden Park hinausgehenden Wintergarten. Während das Antlitz der Bibliothek wie stets durch deckenhohe Regale vollgestopft mit dickleibigen Bänden geprägt ist, hat im Musikzimmer jemand den großen Flügel, der sonst dort in der Mitte steht, in eine Ecke gerückt, um Platz zu schaffen. Der lang gezogene Esstisch, «der mit Einlegplatten auf bis zu 36 Gedecke gebracht werden konnte» und normalerweise das Speisezimmer ausfüllt, ist heute nicht zu sehen. Und im Wintergarten fehlen die sonst üblichen Töpfe mit seltenen Blumen; dekorativ ist nur das goldschimmernde, sich in die Wand wölbende Mosaik im hellen Stil. Aus der sich ebenfalls im Erdgeschoss befindlichen Küche dringen Geräusche, aber weder die Köchin noch die beiden Hausmädchen, die allesamt mit im Haus wohnen, sind zu sehen, noch der Diener, der zu besonderen Anlässen als Helfer hinzugezogen wird.¹

Einige Trennwände sind in den Räumen provisorisch aufgestellt, es ist offensichtlich, dass sie nicht ihrer Bestimmung gemäß genutzt werden. Krankenhausbetten stehen herum, in denen Patienten schlafen, dösen, lei-

den. Einige sitzen aufrecht, manchen fehlt ein Bein oder ein Arm. Ärzte und Pfleger in weißen Kitteln eilen schnellen Schrittes durch das Haus, in der Hand Klemmbretter, Verbandszeug und Medikamentenfläschchen. Geräusche kreuzen sich in der Luft, Gemurmel und Anweisungen, dann und wann auch Stöhnen und Schmerzgeschrei. Eilig wurde hier auf private Initiative hin ein Lazarett für verwundete Offiziere von der Westfront eingerichtet.²

Der am Stock gehende Besitzer des Hauses fährt gelegentlich mit dem Fahrstuhl ins Erdgeschoss, um nach dem Rechten zu sehen, hält sich aber ansonsten eher in den oberen Geschossen auf, wo die Familie ihre privaten Gemächer hat. Hermann Weil, 1868 als zehntes von dreizehn Kindern des traditionell-religiösen jüdischen Viehhändlers Josef Weil und seiner Frau Fanny, geb. Götter, in Steinsfurt am Neckar geboren, wird einige Jahre später mit seinem Vermögen das Institut für Sozialforschung stiften. Doch jetzt tobt auf den Schlachtfeldern noch der Krieg. Das Kaiserreich wankt, aber Kaiser Wilhelm II. und seine Generäle glauben fest an den Sieg im imperialen Weltenbrand. Hermann Weil will seinen Teil zu diesem Sieg beitragen und gewährt den kriegsversehrten Helden des Vaterlands in seinem prunkvollen Heim Obdach.

Erst 1913 hatte Weil sich die monumentale Villa von dem renommierten Architekten Alfred Engelhard errichten lassen. Als ein Jahr später der Erste Weltkrieg ausbrach, durchströmten Weil patriotische Gefühle und er sah es als selbstverständlich an, dem Deutschen Reich sein Geld, seine Ressourcen und sein Wissen zur Verfügung zu stellen. Sein Patriotismus stand keineswegs allein da, im Gegenteil, die große Mehrheit der Deutschen war in den ersten Kriegsjahren vaterländisch gestimmt. Besonders war lediglich, dass Weil nicht nur die deutsche, sondern auch die argentinische Staatsbürgerschaft besaß und über zehn Jahre in Argentinien gelebt hatte. Nun war er zurück in seiner alten Heimat und fühlte sich ihr in der Stunde der Not zutiefst verbunden. Zu alt und zu schwach, um selbst seinen Dienst an der Waffe zu leisten, sah er es als seine Pflicht an, deutschen Offizieren aus dem Felde Einlass in sein großzügiges Domizil zu gewähren.

Er war wohlhabend, um nicht zu sagen: steinreich, und willens, sein Vermögen für das Wohl der Allgemeinheit einzusetzen. Sicher nicht ganz uneigennützig, schließlich ging es ihm auch darum, in den Augen seiner

Landsleute Anerkennung zu finden, die einen wie ihn – den einfachen Sohn eines Landjuden – von klein auf mit Verachtung gestraft hatten. Den Spöttern von einst hatte er es gezeigt, da war er sich sicher, denn nun war er es, der sich als Gönner zeigen konnte. Die große Bühne jedoch suchte er nie, und auch Rache für erlittenes Unrecht lag ihm gänzlich fern. Seinem Naturell entsprach es eher, als selbstloser und gutmütiger, in der Tiefe seines Herzens bescheiden gebliebener Mitmensch im Hintergrund zu wirken. Er verlangte Anerkennung und Respekt für seine Lebensleistung, nicht für seine gesellschaftliche Stellung.

Zweifellos war diese Lebensleistung enorm. Nachdem Weil als junger Mann eine Kaufmannslehre bei dem Getreidegroßhändler Isidor Weisman in Mannheim absolviert hatte und dort binnen kürzester Zeit im Alter von nur achtzehn Jahren zum Prokuristen aufgestiegen war, ließ er sich 1895 in Buenos Aires nieder, um die dortige Zweigstelle des Unternehmens zu leiten. Ein Jahr später nahm er Rosalia Weisman, die Tochter seines Chefs, zur Frau. Isidor Weisman hatte auf einer orthodoxen Hochzeitszeremonie bestanden, und Hermann Weil, der nicht besonders religiös war, stimmte widerwillig zu. Die Heirat war ein tiefer Einschnitt in seinem Leben, der nicht nur die Gründung einer eigenen Familie nach sich zog, sondern auch die Trennung von seinem Förderer und Lehrmeister. Nun war der Zeitpunkt gekommen, aus dem Schatten seines Mentors zu treten und endlich auf eigenen Füßen zu stehen. Gemeinsam mit seinen Brüdern Samuel und Ferdinand gründete Hermann 1898 in der argentinischen Hauptstadt die Getreidehandelsfirma «Weil Hermanos & Cía».³

Im selben Jahr wurde sein Sohn Lucio Felix José Weil geboren, 1901 die Tochter Anita Alicia Weil. Der Aufstieg des Unternehmens vollzog sich unter den Bedingungen der Transportrevolution um die Jahrhundertwende in atemberaubendem Tempo.⁴ Im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts waren die ersten transatlantischen Seekabel verlegt worden, die die Kommunikation zwischen Europa und Amerika um ein Vielfaches beschleunigten, die Seewege wurden dank der erfolgreichen Bekämpfung der Piraterie sicherer, und in der Schifffahrtstechnik wurden nun deutlich schnellere und tragfähigere Großsegler wie der Windjammer entwickelt. Von alledem profitierte die Firma Weil: Um die Jahrhundertwende hatte Hermann Weil bereits 3000 Mitarbeiter, die nicht nur in Lateinamerika, sondern auch in den Vereinigten Staaten und in den zahlreichen europä-

ischen Filialen angestellt waren. Die Handelsflotte des Unternehmens zählte sechzig Schiffe. Hermann Weil wurde der weltweit bedeutendste Getreidehändler seiner Zeit.

Unglücklicherweise fiel der Höhepunkt seiner unternehmerischen Karriere mit einer hartnäckigen Syphiliserkrankung zusammen, die ihm zunehmend Kummer bereitete, zumal sie damals als unheilbar galt. Auch seine Frau Rosalia erkrankte schwer, sie hatte der Krebs befallen. So viel Glück hatten die Weils in ihrem Leben gehabt, doch nun schien sich das Blatt zu wenden. Sie beschlossen, nach Deutschland zurückzukehren, um sich dort von den besten Ärzten behandeln zu lassen. Von Frankfurt aus wollte Hermann Weil die europäischen Geschäfte weiterführen, während sein Bruder Samuel in Buenos Aires verblieb.

Dass die Familie ausgerechnet nach Frankfurt umsiedelte, lag aus verschiedenen Gründen nahe: Ein Teil der Verwandtschaft mütterlicherseits lebte bereits hier, eng verwoben mit dem ortsansässigen jüdischen Bürgertum, dessen Gemeinde relativ zur Gesamtbevölkerung gesehen die größte in Deutschland war. Wichtiger aus Sicht des Unternehmers Weil aber war die Tatsache, dass die Stadt in der Mitte Europas zu den wichtigsten Wirtschaftsstandorten im rasant sich modernisierenden Kaiserreich zählte. Frankfurt repräsentierte wie keine andere deutsche Stadt diese industriekapitalistische Moderne: Die Rhein-Main-Region war neben dem Ruhrgebiet, mit dem es über neue und alte Verkehrswege eng verbunden war, das größte industrielle Zentrum Deutschlands, Frankfurt selbst veränderte seinen Charakter binnen weniger Jahrzehnte von der beschaulichen Bürgerstadt mit mittelalterlichem Flair zu einer hypermodernen Boomtown. Dem explosionsartigen Bevölkerungswachstum korrespondierte zwischen 1877 und 1910 durch Eingemeindungen und Neuerschließungen nahezu eine Verdoppelung der Grundfläche. Neue Straßen, Brücken und Kanalisationssysteme mussten geschaffen, der Schienenverkehr ausgebaut und am Osthafen ein gigantisches Industriegebiet aus dem Boden gestampft werden, dessen Fläche die des alten Stadtkerns bereits übertraf. Entlang des Mains siedelten sich die großen Industriegiganten an, besonders aus der chemischen Industrie. Dass Frankfurt auch Standort der für den Getreidehandel so wichtigen Wertpapierbörse war, deren Bedeutung mit dem kapitalistischen Modernisierungsschub so immens gestiegen war, dass 1879 ein um ein Vielfaches

größeres Börsengebäude eingeweiht werden musste, dürfte für Hermann Weils Wohnortwahl ebenfalls eine Rolle gespielt haben.

Als Erstes reiste aber nicht der Paterfamilias an den Main, sondern der zum Nachfolger der Firma bestimmte Sohn Felix, der in Deutschland eine ausgezeichnete Schulbildung genießen sollte. 1907 kam der damals Neunjährige in Frankfurt an und wurde bis zum Eintreffen der Eltern bei der Großmutter untergebracht. Einige Monate später trafen auch Hermann und Rosalia Weil sowie Felix' Schwester Anita in Frankfurt ein. Die Familie logierte bis zur Fertigstellung der Villa in der Zeppelinallee in einer Suite im vornehmen Hotel Imperial am Opernplatz. In einer Zeichnung, die ganz oben auf dem hoteleigenen Briefpapier prangt, überragt das Imperial bei Weitem das gegenüberliegende Opernhaus. Auf den Straßen sind Droschken, eine Straßenbahn und vornehm gekleidete Damen und Herren mit kunstvollen Hüten zu sehen. Neben der Zeichnung leuchtet die Aufschrift: «Hotel Imperial / Einziges Familien-Haus 1. Ranges in der Promenade. / Vornehmste ruhige Lage gegenüber der Oper.» Hier residierten die Weils vorerst.⁵

Sohn Felix besuchte das humanistische Goethe-Gymnasium im Westend, wo er bereits seinen späteren Kollegen und Mitstreiter Leo Löwenthal kennenlernte, und erlebte eine behütete Jugend, die sich allerdings von der seiner Mitschüler in vielerlei Hinsicht unterschied: Zum einen hatte er kein richtiges Zuhause, sondern lebte in einem Hotel, dessen Suite sich die Eltern der meisten Mitschüler nicht einmal für zwei Nächte hätten leisten können; zum zweiten war er eben nicht nur Deutscher und Jude, sondern auch seinem eigenen Verständnis nach in erster Linie Argentinier. Er war auf einem von Weizenfeldern umgebenen Landgut nahe der Atlantikküste aufgewachsen, hatte zu Pferde die weite Landschaft der benachbarten Latifundien erkundet und sich im Alltag weitgehend auf Spanisch verständigt. Einige seiner argentinischen Freunde stammten wie er aus deutschen Familien, aber das änderte nichts daran, dass Felix Weil sich in Südamerika, nicht in Deutschland, zu Hause fühlte. Er war gegen seinen Willen und ohne große Vorbereitung in einen anderen Weltteil verpflanzt worden, wo er sich nun alleine zurechtfinden musste. Der brasilianische Papagei namens Goggo, den die Großmutter einmal von Hermann geschenkt bekommen hatte, konnte Felix' argentinisches Pferd Matilda kaum ersetzen; die Deutschen erlebte er als un-

freundlich und misstrauisch. «Vieles, das ich in Argentinien instinktiv getan hätte, war nicht angebracht in Deutschland», erinnerte sich Weil später.⁶

Als 1912 Mutter Rosalia dem Krebsleiden erlag und ein Arzt den beiden Kindern nur wenige Monate später erklärte, auch der Vater habe nicht mehr lange zu leben (was sich im Nachhinein als übertriebene Prognose herausstellte), war der Pennäler Felix José Weil mit der Aussicht großer Verlassenheit konfrontiert. Nicht unwahrscheinlich, dass er aus dieser Angst heraus schon früh den Wert der Freundschaft und Kameradschaft zu schätzen lernte. Hermann Weil trotzte der Erkrankung, doch das Ereignis, das am 28. Juli 1914 über die Welt hereinbrach, ließ seinen Sohn Felix auf andere Weise vereinzelt und isoliert zurück. Während der Krieg für viele seiner Schulkameraden zum gemeinschaftsstiftenden Ereignis wurde, durfte Felix Weil als Ausländer nicht in den Krieg ziehen. Aufgrund vorgetäuschter oder tatsächlicher Leiden ausgemustert zu werden, war das eine. Das versuchten viele. Aber Dienst leisten zu wollen und wegen seiner Herkunft zurückgewiesen zu werden, verstärkte lediglich die Erfahrung, ein Fremder in Deutschland zu sein. Dem Patriotismus seines Vaters stand er mit gemischten Gefühlen gegenüber.

...

Bei Kriegsausbruch war Hermann Weil körperlich bereits schwer von seiner Krankheit gezeichnet. Doch er riss sich zusammen und bot alles auf, was er hatte, um seiner neu-altens deutschen Heimat zum Sieg zu verhelfen: Er unterstützte die Reichsregierung finanziell, beriet mit seiner unternehmerischen Expertise das Kieler Institut für Weltwirtschaft und den Admiralsstab. 1915 richtete er das eingangs beschriebene Privatlazarett für das Offizierskorps in seiner Bockenheimer Villa auf der Ginnheimer Höhe ein. Und sein Einsatz fürs Vaterland blieb nicht unbemerkt: Am 26. August 1917 empfing Kaiser Wilhelm II. Hermann und Felix Weil persönlich zu einer Audienz in Bad Kreuznach. «Nach dem Essen, bei dem mein Vater rechts neben dem Kaiser saß», erinnert sich Felix Weil, «begaben sich alle in einen Nebenraum, wo sich, solange der Kaiser noch stand, niemand hinsetzte, d. h. niemand außer meinem Vater, den ich, da er nicht lange zu stehen vermochte, am linken Arm an einen Sessel führte

(auf der rechten Seite hatte er seinen dicken Stock), auf den er sich schwer niederließ. Der Hofmarschall, Freiherr von Reischach, tuschelte darauf mit dem Kaiser und kam dann zu uns, beugte sich zu meinem Vater herunter und flüsterte: ‹Seine Majestät gestattet es Ihnen, sich zu setzen›, worauf mein Vater erstaunt zurückfragte: ‹Wieso denn, ich sitz' doch schon!›»⁷ Eine symbolische Szene: Wie groß muss das Selbstbewusstsein Hermann Weils gewesen sein, der sich offenbar gegenüber dem Monarchen als Gesprächspartner auf Augenhöhe sah!

Daher überrascht es kaum, dass er das Angebot des Hofmarschalls, die Weils in den Freiherrenstand zu erheben, dankend ablehnte, da er dafür seine argentinische Staatsbürgerschaft aufgeben und sich protestantisch hätte taufen lassen müssen. Hermann Weil war kein Mann, der sich gerne Bedingungen diktieren ließ. Freigebig dagegen war er, nicht nur, was großzügige Spenden betraf, sondern auch im Hinblick auf sein Wissen. Das stellte er dem Kaiser und seinen Admirälen gerne zur Verfügung. Regelmäßig erstattete er Bericht über die Lebensmittelversorgung Großbritanniens und übermittelte Informationen über die Abfahrtszeiten englischer Frachtschiffe.⁸ Ein Geheimabkommen mit der deutschen Regierung sah vor, dass er auf Grundlage seiner Kenntnisse und Handelsbeziehungen insgesamt 200 000 Tonnen Getreide mit staatlichen Geldern aufkaufen und einlagern oder sogar vernichten sollte, um Großbritannien den Zugriff darauf zu entziehen. Kurze Zeit später riet er zu einer U-Boot-Blockade, um England von Getreidelieferungen abzuschneiden und zur baldigen Kapitulation zu zwingen. Entgegen den Warnungen von Reichskanzler Bethmann Hollweg setzte sich Weils Position durch, die sich auch der völkisch gestimmte Großadmiral von Tirpitz zu eigen machte, der schon vor dem Krieg auf die Zerstörung der britischen Seemacht gesetzt hatte, um dem Deutschen Reich als Weltmacht Geltung zu verschaffen. Der Kriegsverlauf bot ihm die Chance, seine antibritischen Fantasien in die Tat umzusetzen.

Spätestens ab 1916 weitete die Kaiserliche Marine den U-Boot-Krieg aus und begann, bewaffnete Handelsschiffe ohne Vorwarnung zu versenken – eine folgenreiche Fehlkalkulation, wie sich herausstellen sollte. Nach wiederholten Protesten gegen den Abschuss von Handelsschiffen, an denen US-amerikanische Unternehmen beteiligt waren, erklärte Woodrow Wilson am 6. April 1917 den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten

und bezog sich dabei auf den U-Boot-Krieg. Spätestens damit war der Krieg für das Deutsche Kaiserreich verloren. Das erkannte schließlich auch der Großunternehmer Hermann Weil, der Ende Juli 1917 ernüchert konstatierte: «Der Krieg kostet viel Geld, und wenn er noch lange dauert, so wird nur noch ein Land – Amerika – imstande sein, die Kriegskosten zu zahlen, das aber nur schwer dazu wird herangezogen werden können.»⁹ Enttäuscht und zugleich pragmatisch befürwortete Weil nun einen Verständigungsfrieden mit England. Doch dafür war es längst zu spät.

Die anfängliche Kriegseuphorie in Teilen der deutschen Bevölkerung war zu diesem Zeitpunkt nur noch eine ferne Erinnerung, das Augusterlebnis verfliegen. An der Front lernten die Soldaten neue Dimensionen militärtechnischer Zerstörungskraft kennen. Viele derjenigen, die sich 1914 in einer Mischung aus Patriotismus, Männlichkeitskult und Abenteuerlust freiwillig gemeldet hatten, mussten bald feststellen, dass der erste moderne Krieg so gar nichts Heroisches an sich hatte, sondern einer hochindustrialisierten Todesmaschine glich. Einer dieser Kriegsfreiwilligen, der junge Jurist und Reserveleutnant Karl Korsch, der nur wenige Jahre später eine herausragende Rolle bei der Gründung des Instituts für Sozialforschung spielte, war schon in den ersten Kriegswochen zum Vizefeldwebel degradiert worden, weil er öffentlich Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Krieges geäußert hatte. Es waren weniger abstrakte moralische Prinzipien, die seinen Blick auf den Krieg bestimmten, als vielmehr seine eigenen Erfahrungen an der Ostfront. Bereits Mitte September 1914 berichtete er seinem Freund Walter Fränzel, was er soeben erlebt hatte: «Das Schrapnell, welches mich traf – das erste, welches bei unserer Kompanie einschlug – traf noch 4 gute Kameraden; einer sofort tot; einer, jung und frisch, wird vielleicht noch sterben; die beiden andern ähnlich wie ich getroffen. Also haben schwarze Flügel mich doch um ein Haar gestreift.»¹⁰ Die erlittene Verletzung war gravierender als zunächst befürchtet und Korsch verbrachte mehrere Wochen im Lazarett, bevor er bis zur vollständigen Genesung nach Berlin reisen durfte. Hier schrieb er sich am Orientalischen Seminar der Universität ein, um Russisch zu lernen. Doch einige Monate später schon konnte er es kaum erwarten, zurück an die Front geschickt zu werden. Nicht Abenteuerlust und Heroismus waren sein Antrieb, sondern Solidarität mit den Kameraden im Felde. «Ich möchte es nicht besser als die andern haben», schrieb er am 5. März 1915

an Fränzel. «Du siehst daraus, daß ich noch immer das gerade Gegenteil von einem Soldaten bin; ich betrachte weder die Anstrengungen des Krieges noch die Aufregungen des Kampfes als etwas in irgend einem Sinne Schönes, Gutes oder Angenehmes. Alles ist mir ein finsternes Grauen.»¹¹ Fränzel, den Korsch aus der Jugendbewegung kannte und der wie er lebensreformerischen Ideen anhing, sah das ganz anders. Er hatte sich dem mit völkischen Ideen sympathisierenden Serakreis um den Verleger Eugen Diederichs angeschlossen und verband mit dem Krieg den «Reiz der Gefahr, der kühnen Tat, des heldischen Vorstürmens». Nüchtern hielt ihm Korsch entgegen, dass die «heroischen Reize des Kriegerdaseins» zehnfach aufgewogen würden durch «den für den Kulturmenschen natürlichen Abscheu vor der Vernichtung von Menschenleben. Eine Kugel auf einen Menschen abzudrücken, wird mir immer abscheulich sein, auch wenn ich es schon 100-mal getan hätte.»¹² Dennoch blieb Korsch bis Kriegsende an der Front, wurde zweimal schwer verwundet und dafür mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet. Als er 1918 den Krieg mit viel Glück überlebt hatte, war er nicht nur zum Oberstleutnant aufgestiegen, sondern auch zum radikalen Kriegsgegner und Marxisten herangereift. Dem Tod seiner Kameraden konnte er keinen Sinn abgewinnen.

Ganz ähnliche Erfahrungen machte auch der aus dem russländischen Baku stammende Richard Sorge, Sohn eines deutschen Erdölingenieurs und einer russischen Mutter. Auch Sorge, der wenig später einer der ersten wissenschaftlichen Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung werden sollte, meldete sich 1914 freiwillig und wurde in einem Artilleriebataillon an der Westfront in Flandern eingesetzt. Als das Studentenbataillon, dem Sorge angehörte, wenige Wochen später bei Dixmude die französischen Maschinengewehrstellungen zu überrennen versuchte, fielen dieser militärischen Offensive zahlreiche Kameraden zum Opfer.¹³ Im Juni 1915 wurde Sorges Einheit an die Ostfront versetzt, nach Galizien, wo er erstmals selbst durch ein Schrapnell verwundet wurde. Die Zeit im Lazarett in Berlin nutzte Sorge nicht nur zur körperlichen Gesundung, sondern auch, um sein Kriegsabitur zu bestehen, was ihm die Möglichkeit zum Studium gab. Doch so weit war es noch nicht, denn zunächst meldete er sich wieder zum Regiment zurück. Im März 1916 wurde er erneut verwundet, dieses Mal schwer, denn Granatsplitter zertrümmerten seine

Beine und machten ihn dauerhaft zum Kriegsinvaliden. Für den Rest seines Lebens kämpfte er mit den körperlichen und seelischen Verletzungen. Wie Korsch wurde auch Sorge befördert, zum Unteroffizier, und er erhielt das Eiserne Kreuz 2. Klasse. Viel wichtiger als diese Auszeichnungen aber war ihm, der den Krieg verachten gelernt hatte, dass er nicht mehr zurück an die Front musste: «Um diese Zeit, also im Sommer und Winter 1917, wurde mir in aller Deutlichkeit bewusst», erinnerte sich Sorge später, «dass der Große Krieg sinnlos war und alles in Trümmer legen würde. Mehrere Millionen waren schon auf jeder Seite umgekommen, und wer konnte schon voraussagen, wie viele Millionen noch genauso enden würden?»¹⁴ Wie Korsch, so hatte das Kriegserlebnis auch Sorge radikalisiert. Eine Krankenschwester, deren Vater Sozialdemokrat war, hatte ihn im Lazarett agitiert, und er verschlang alle marxistischen Schriften, die sie ihm verschaffen konnte.¹⁵ Noch 1917 trat er in die linke USPD ein, die sich aus Protest gegen den Krieg von der SPD abgespalten hatte.

Zur gleichen Zeit litt Felix José Weil darunter, als argentinischer Staatsbürger nicht zum Kriegsdienst eingezogen zu werden wie seine Mitschüler. Während diese vermeintlich heldenhaft ihr Opfer für das Vaterland brachten, hatte er 1916 in Ruhe sein Abitur gemacht. Anschließend schrieb er sich an der neu gegründeten Frankfurter Stiftungsuniversität im Fach Staatswissenschaften ein und trat der Studentenverbindung Cimbria bei, zu deren Versammlungen er mit Chauffeur und Wagen vorfuhr. Seine Mutter hatte ihm, als sie 1912 verstorben war, ein Vermögen hinterlassen, eine Million Goldpeso, und Felix Weil war nun ein reicher Mann.¹⁶ Glücklicherweise machte es ihn nicht. Unermüdlich versuchte er, doch noch seinen Beitrag zum Sieg Deutschlands zu leisten, wie um zu beweisen, dass er doch dazugehörte, dass er genauso deutsch wie seine Mitschüler war. Im Januar 1917 schließlich stellte ihn das Heeresamt auf freiwilliger und ehrenamtlicher Basis als Büro-Offizier an, sodass er nun vormittags, statt zu studieren, als Wirtschaftsreferent tätig war.¹⁷

Wie es in den letzten beiden Kriegsjahren um seinen Patriotismus bestellt war, wissen wir nicht. Aber bald schon erreichten ihn Nachrichten vom Alltag der Soldaten, die ihm verdeutlicht haben müssen, dass er sich glücklich schätzen durfte, nicht konskribiert worden zu sein. Sein zwei Jahre jüngerer Schulfreund Leo Löwenthal, der im Frühjahr 1918 als Sieb-

zehnjähriger zum Militär eingezogen wurde und bei einem Eisenbahnregiment in Hanau stationiert war, erlebte den Krieg vor allem als Brutstätte des Antisemitismus. «Ich war ständiger Gegenstand des Spotts», berichtete Löwenthal, der später einer der engsten Mitarbeiter Horkheimers am Institut für Sozialforschung wurde, rückblickend. «Damals habe ich schon den potentiellen Antisemitismus und Antiintellektualismus deutscher Proletarier und Bauern erlebt. Es war eine schlimme Zeit. Ich versuchte alles, um da herauszukommen. Ich habe mich freiwillig an die Front gemeldet, ich wollte lieber sterben. Es wurde abgelehnt.»¹⁸

Auch abseits der Front also begann der patriotische Firnis zu bröckeln. Im unterfränkischen Schweinfurt, das an der Bahnlinie lag, die die Ostmit der Westfront verband, sah der junge Kurt Mandelbaum, Mitte der 1920er Jahre einer der ersten Doktoranden am Institut für Sozialforschung, mit eigenen Augen, welche Zerstörungen der Krieg anrichtete. Als Schüler wurde er im Zuge des von der Obersten Heeresleitung erlassenen Hindenburg-Programms für Ernte- und Gleisarbeiten herangezogen. Dort wurde er zum Augenzeugen unerträglichen Leids. Die vollen Züge mit verwundeten Soldaten, die in Schweinfurt Zwischenstation machten, schockierten ihn. Und die Eindrücke, die ihm die grauenerregenden Berichte aus dem Militärkrankenhaus vermittelten, an dem sein Vater Samuel als Arzt tätig war, bestätigten ihn in seiner Ablehnung des Krieges.¹⁹

• • •

Der spätere Institutsdirektor Max Horkheimer, zur Zeit des Ersten Weltkriegs noch Juniorchef der väterlichen Textilfabrik «M. Horkheimer» aus Stuttgart, hatte schon vor Ausbruch des Krieges vor einer Eruption der Gewalt in Europa gewarnt. Der gerade Neunzehnjährige, der nach dem Wunsch des Vaters eines Tages das Unternehmen übernehmen sollte, schrieb am 27. Juli 1914, gut einen Monat nach dem tödlichen Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo, aus dem beschaulichen Kurhaus Waldhotel in Villingen an seinen besten Freund Friedrich Pollock in Stuttgart: «Die Völker sind habgierig u. eifersüchtig und hinterlistig, da kommt ein Zufall – irgend ein Anlass – sie kriegen Händel u. da geht's los. Der Deutsche glaubt, er habe Recht u.

schreit; der Franzose glaubt, er habe Recht, u. schreit; der Russe glaubt, er habe Recht, u. schreit u. so geht's fort. Der Serbe glaubt doch auch, er habe Recht u. schreit, er müsse seine ‹Nationalehre› verteidigen, so gut wie die anderen u. wer in Wirklichkeit der Böse ist von den verschiedenen Streithammeln, weiß ich nicht, bin jedoch der Überzeugung, dass nicht viel Unterschied vorhanden ist, denn es handelt sich ja bei einem Kriege immer um ‹das Volk› u. diese Herde ist immer gleich dumm.»²⁰ Der aristokratisch tönende Hochmut gegenüber den dummen Massen verrät die großbürgerliche Herkunft Horkheimers, der nur wenige Jahre später, auf dem Höhepunkt des Krieges, erstmals seine Empathie mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten zu Papier bringen wird. Im Juli 1914 stand er dem sich anbahnenden Krieg zwar kritisch, aber auch etwas gelangweilt gegenüber: «Der Krieg – nun ja, die alte Leier! Wo die Leute nur die sogenannte Begeisterung hernehmen; der ganze Rummel ist doch ebenso alt wie einfältig; ja selbst wenn man die Sache in der Weltgeschichte in Condensation genießt, wirkt's mit der Dauer langweilig.»²¹ Nicht vorstellen konnte er sich zu diesem Zeitpunkt, dass der bevorstehende Krieg alle bisherigen Dimensionen der Gewaltgeschichte sprengen wird. «Das Empörende an der Sache, die gegenwärtig vorliegt», schrieb er, sei die Tatsache, «dass der heillose menschliche Wahnsinn glaubt, es sei gut und recht für zwei verlorene Menschenleben hunderttausend andere zu opfern.» Am Ende werden es nicht hunderttausend, sondern siebzehn Millionen Tote sein, die dem Krieg zum Opfer fallen. Niemand hatte sich im Sommer 1914 dieses Ausmaß an Vernichtung ausmalen können.

Als der Krieg zwei Wochen nach Horkheimers Schreiben aus dem Kurhotel dann tatsächlich ausbrach, ließ sich sein treuer Freund Friedrich Pollock, der später das Institut für Sozialforschung mitbegründete und wesentlich prägte, vom allgemeinen Kriegsgeschrei anstecken. Anders als Horkheimer durchschaute er die nationalistische Ideologie erst Monate später, als der Kontinent bereits in Flammen stand. Beide Freunde kamen aus wohlhabendem Haus und wurden, da die väterlichen Unternehmen als kriegswichtig eingestuft wurden, vom Kriegsdienst zunächst zurückgestellt. Erst 1916 wurde Pollock eingezogen und kam zu einer Traineeinheit in Ludwigsburg, fernab der Front. Auch Horkheimer, der bei seiner ersten Musterung als frontuntauglich zurückgestellt worden war,

wurde 1917 noch eingezogen, hatte aber mit dem Kriegsgeschehen genauso wenig zu tun wie sein Freund.

So unterschiedlich das Kriegserlebnis für die späteren Gründer und Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung jeweils ausfiel, so war die große europäische Katastrophe doch für sie alle ein epochaler Einschnitt. Das Blutvergießen auf den Schlachtfeldern stellte die Moralität der herrschenden Ordnung grundsätzlich infrage, und dass der moderne Industriestaat Deutschland, der in den letzten Dezennien einen geradezu kometenhaften Aufstieg zurückgelegt hatte, nun den Krieg zu verlieren schien, beschädigte die Autorität der gesamten Staatsführung und setzte in der Bevölkerung ein ungeahntes Maß an Desillusionierung frei. Viele glaubten bis zuletzt nicht an die Niederlage und reagierten auf die schlechten Nachrichten mit Verdrängung und Abwehr. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht taten sich plötzlich Abgründe auf, die für viele Arbeiter Brotknappheit und Hunger bedeuteten und zugleich das Sicherheitsgefühl des Bürgertums nachdrücklich erschütterten. Richard Sorges Mutter verlor ihre großbürgerliche Villa in Lichterfelde, weil die Inflation das einst beträchtliche Erbe ihres 1907 verstorbenen Ehemannes eingeschmolzen hatte, und sie war gezwungen, in eine deutlich kleinere Mietwohnung in einem proletarischen Stadtteil zu ziehen.²² Auch der Unternehmer Moriz Horkheimer, königlich-bayerischer Kommerzienrat und Träger des Ritterkreuzes I. Klasse des Friedrichordens, hatte im Verlauf des Krieges einen beträchtlichen Teil seines gewaltigen Vermögens eingebüßt, den er aus patriotischem Pflichtbewusstsein in Kriegsanleihen angelegt hatte.²³ Zwar war er noch immer ein wohlhabender Mann, aber die Existenzängste seines Sohnes waren sicher auch ein unbewusster Ausdruck der Erfahrung, dass der scheinbar unangreifbare Vater eben doch verletzlich war.

All diese Eindrücke, die eher diffus blieben, als dass sie wirklich vollständig ins Bewusstsein drangen – Gewalt und Tod, die Krise der herrschenden Ordnung und der Bankrott der alten Autoritäten, die Kriegswirtschaft und die Not der Arbeiter, die bislang unbekanntten Luftangriffe auf deutsche Städte und die Allgegenwart von Kriegsversehrten –, schienen sich in der faktischen Kapitulation des Deutschen Reiches am 11. November 1918 zu verdichten. Als Matthias Erzberger, der Leiter der deutschen Delegation, in einem Eisenbahnwaggon im Wald bei Compiègne

das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnete und alle Bedingungen der Ententemächte akzeptierte, war die Welt, in der Felix Weil, Karl Korsch, Richard Sorge, Kurt Mandelbaum, Leo Löwenthal, Max Horkheimer und Friedrich Pollock aufgewachsen waren, untergegangen. Für sie, die die erste Phase der Geschichte des Instituts für Sozialforschung gemeinsam mit einigen anderen maßgeblich bestimmen sollten, war der Weltkrieg ein Schock gewesen, der sie zum radikalen Umdenken zwang. Sie wollten die Gesellschaft, die eine solche Barbarei zugelassen, ja hervorgebracht hatte, von Grund auf verändern.

2. Auf der Barrikade

Das Scheitern der Revolution und die Erneuerung des Marxismus

Berlin-Reinickendorf, Deutsches Reich, 9. November 1918. Auf der Graf-Rödern-Allee, die den Wedding mit dem Berliner Vorort Reinickendorf verbindet, marschiert am Morgen des 9. November 1918 ein langer Demonstrationzug mit roten Fahnen und Bannern auf das Rathaus zu. «Ein Weib mit Soldatenstiefeln», berichtet der konservative Berliner Historiker Bruno Schremmer mit Abscheu, «trat auf die Rampe des Rathauses, schwang eine rote Fahne und kreischte wilde Worte in die Proletarierhaufen. Dann zogen die Massen weiter zum Reichstag, wo Scheidemann die Republik ausrief.»¹ Einige Tage später klebt an ebenjenem Rathaus eine Bekanntmachung: «Die Verwaltung der Reinickendorfer Gemeinde untersteht seit Montag der Kontrolle des Arbeiterrates. Die gemeinnützigen Anstalten sowie die öffentliche Sicherheit sind dem militärischen Schutze des Soldatenrats unterstellt. Beide Körperschaften haben ihr Domizil im Rathause.»² Der alte Bürgermeister Friedrich Wilke wird für abgesetzt erklärt, und der revolutionäre Vollzugausschuss ermahnt die Gemeindeführung, künftig ihre Entscheidungen an den «Geist der Neuzeit» anzupassen: «Die Arbeiter als Erzeuger aller Werte und Güter wollen künftig auch die Verwalter und Genießer dieser Güter sein, an Stelle der Junker, deren Anteil an der Verwaltung Preußens, und der Hausbesitzer, deren Einfluss in den Kommunen über Gebühr zur Geltung kam.»³

Die sozialistische Revolution schien für einen kurzen Moment unaufhaltbar zu sein. Zahlreiche Betriebe wurden unter die Kontrolle der Belegschaften gestellt, und die eilig einberufenen Arbeiter- und Soldatenräte leiteten die sozialistische Umbildung der überkommenen politischen Strukturen ein. Doch von Anfang an war die Linke tief gespalten. Innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie, die sich nun MSPD nannte, hatten

sich die reformistischen Kräfte um Reichskanzler Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann und Gustav Noske an die Spitze gesetzt, die um jeden Preis verhindern wollten, dass aus der neuen, demokratischen Republik ein Räte­system nach russischem Muster wurde. Die vom langjährigen SPD-Parteivorsitzenden Hugo Haase angeführte USPD wiederum, die sich 1917 aufgrund der Kriegsunterstützung der Mutterpartei von dieser abgespalten hatte, versuchte den politischen Umwälzungsprozess in geordnete Bahnen zu lenken, hatte aber mit der Gruppe der «Spartakisten» um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auch eine innerparteiliche linksradikale Opposition zu gewärtigen. Auch die parteiungebundenen «Revolutionären Obleute», die den Willen der radikalisierten Arbeiter und Matrosen vertraten, hielten mit aller Entschlossenheit an der Idee der Räte­demokratie fest, viele sympathisierten gar mit einer Diktatur des Proletariats nach bolschewistischem Vorbild. Als Liebknecht und Luxemburg am 30. Dezember 1918 schließlich die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gründeten, in der die Spartakusgruppe ebenso wie die Organisation der Revolutionären Obleute größtenteils aufging, war die Zersplitterung der deutschen Linken, die die Weimarer Republik so nachhaltig prägen sollte, komplett.

Im «Rat der Volksbeauftragten», der Provisorischen Regierung unter dem Vorsitz von Ebert (MSPD) und Haase (USPD), war der politische Aufbau der Republik nach den Verheerungen des Krieges durch massive Spannungen und Konflikte bestimmt. Als Ebert den Januaraufstand der revolutionären Soldaten mithilfe der Obersten Heeresleitung und der rechten Freikorps niederschlagen ließ, verließ Haase die Provisorische Regierung. Nach massiver Hetze sowohl in der völkischen Presse als auch im sozialdemokratischen *Vorwärts* ermordeten rechtsextreme Freikorps einige Tage später, am 15. Januar 1919, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht; Luxemburgs Leiche wurde in den Landwehrkanal geworfen. Und als schließlich auch noch der preußische Kriegsminister Walter Reinhardt am 19. Januar die Kommandogewalt der abgesetzten Offiziere vollständig wiederherstellte, war das aus Sicht der revolutionären Linken der endgültige Beweis dafür, dass die Regierung Ebert im Bündnis mit den Vertretern der alten Ordnung die Revolution verraten hatte.

Tatsächlich gingen Ebert und Reichswehrminister Noske zielstrebig und mit großem strategischen Geschick gegen die radikale Linke vor.

Auch in den Arbeiter- und Soldatenräten setzte sich die MSPD zunehmend durch und konnte ihren antirevolutionären Kurs etablieren, der schließlich zur Auflösung der Räte und zu ihrer Überführung in das parlamentarische System führte. Die junge Weimarer Republik war aus Sicht der revolutionären Linken mit dem Makel behaftet, die Herrschenden der alten Ordnung, die für den Krieg verantwortlich gewesen waren, erneut zu stützenden Trägern des Staates gemacht zu haben. Die Weimarer Republik, die sich aus diesen Kämpfen herauschälte, war nicht, wie erhofft, der Staat der Linkssozialisten und Kommunisten. Statt einer Diktatur des Proletariats hatte sich eine parlamentarische Demokratie durchgesetzt, die die Eigentumsverhältnisse ebenso unangetastet ließ wie die Machtbasis der konservativen Eliten.

• • •

Einer der jungen Abgeordneten des Reinickendorfer Soldatenrates verfolgte diese Entwicklungen mit größtem Argwohn. Herbert Marcuse, 1898 geborener Sprössling einer aus Pommern stammenden jüdischen Fabrikantenfamilie und in Amerika später einer der wichtigsten Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung, war 1916 nach seinem kriegsbedingt erleichterten Notabitur erstmals als Soldat nach Darmstadt eingezogen und vor Kriegsende aufgrund seines schlechten Sehvermögens in die Luftschiffersatzabteilung I in seiner Heimatstadt Berlin versetzt worden.⁴ 1917 war er in die SPD eingetreten.⁵ Fasziniert von den Streikbewegungen der Arbeiter in den Berliner Großbetrieben und angetrieben durch die Hoffnung, ein neues, friedliches, sozialistisches Deutschland mit aufbauen zu können, entwickelte er rasch Sympathien für die USPD, später auch für die Spartakisten und die KPD, blieb aber Mitglied der Partei Friedrich Eberts. Als die Novemberrevolution ausbrach, stellte er gemeinsam mit Kameraden am Alexanderplatz eine Sicherheitswehr auf, die die revolutionären Kundgebungen gegen den Krieg vor Scharfschützen aus dem Kreis rechtsradikaler Frontsoldaten schützte. Es war nur folgerichtig, dass er kurze Zeit später in den sich konstituierenden Soldatenrat gewählt wurde.

Marcuse war der festen Überzeugung, dass eine tiefgreifende Demokratisierung des Militärs die einzig richtige Konsequenz aus der Katastro-

phe des Krieges sein konnte. Schließlich waren es nicht zuletzt die Generale der Obersten Heeresleitung gewesen, die 1914 auf einen «Präventivkrieg» gegen die Entente-Mächte gedrängt hatten. Sie waren erbitterte Feinde der Demokratie. Der ehemalige preußische Kriegsminister und Chef des Generalstabs Erich von Falkenhayn etwa hatte noch in den letzten Kriegswochen die Errichtung einer offenen Militärdiktatur angestrebt. Auch Erich von Ludendorff und Paul von Hindenburg, die das Reich bis Kriegsende faktisch diktatorisch regiert hatten, versuchten die junge Republik von Anfang an durch die Verbreitung der Dolchstoßlegende zu destabilisieren. Zwar ging die SPD demonstrativ auf Abstand zu diesen ikonischen Figuren der alten Ordnung, aber mit den Offizieren der zweiten Reihe fand sich Ebert bereits früh zu einem Pakt bereit, um die Republik gegen einen sozialistischen Umsturz zu verteidigen. Walther von Lüttwitz, der nach der Revolution vom Rat der Volksbeauftragten als neuer Oberbefehlshaber der provisorischen Reichswehr eingesetzt wurde, war federführend an der Niederschlagung des Spartakusaufstandes beteiligt und sicherte damit vorübergehend die Machtstellung der Sozialdemokratie. Allerdings um den Preis, dass die Freikorpsverbände vorerst weiterbestehen konnten und das Offizierskorps in Amt und Würden blieb. Schon 1920 sollte von Lüttwitz einer der Drahtzieher des Kapp-Putsches werden, des ersten bewaffneten Angriffs auf die Republik von rechts.

Dass die Regierung Ebert ein Bündnis mit dem alten Offizierskorps einging, war aus der Sicht des damals einundzwanzigjährigen Herbert Marcuse offener Verrat.⁶ Zunehmend frustriert von der Zurückdrängung der radikalen Linken verließ er Ende Januar den Soldatenrat. Im Januar 1919, nur wenige Tage, nachdem Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mutmaßlich mit Billigung der Reichsregierung ermordet worden waren, trat er auch aus der SPD aus. Als die Weimarer Republik sich konsolidierte, war Marcuse ein parteiloser, linker Oppositioneller, der den revolutionären Prozess für gescheitert hielt.

•••

Für die Arbeiterbewegung bedeuteten Weltkrieg und Revolution eine Art Neugeburt. Die verknöcherte marxistische Orthodoxie wurde durch die praktische Frage, was denn nach dem großen «Kladderadatsch» – dem

Untergang der alten Ordnung – zu geschehen habe, durcheinandergewirbelt. Die etablierten Parteitheoretiker Karl Kautsky und Rudolf Hilferding wirkten überfordert. Ihre scheinbar «objektiven Gesetzmäßigkeiten» ließen sich nicht in konkrete Politik übersetzen. Dafür machten die Arbeiter, Matrosen und Soldaten eigene Interessen geltend, ohne sich ihr politisches Programm von den Parteiführern vorschreiben zu lassen. Die linken Funktionäre glaubten, den Massen den Weg weisen zu können, wurden aber selbst vor Entscheidungen gestellt, die sie sich nicht ausgesucht hatten. Die sogenannte «Sozialisierungskommission», die der Rat der Volksbeauftragten im November 1918 auf Druck der revolutionären Arbeiter ins Leben rief, um die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien einzuleiten, wurde durch eine geschickte Verschleppungstaktik der MSPD, die Sozialisierungen mehrheitlich ablehnte, erfolgreich torpediert.⁷ Die mit hochkarätigen Ökonomen besetzte Kommission unter dem Vorsitz Kautskys blieb ohne konkrete Ergebnisse, ihre Analysen und Memoranden wurden einfach ignoriert. Das im März 1919 von der Kommission vorgelegte Gesetz zur Sozialisierung des Kohlebaus konnte vor allem aufgrund aktiver Sabotage durch Ministerialbeamte wie den Unterstaatssekretär August Müller von der MSPD nicht realisiert werden. Enttäuscht legte die Kommission ihr Amt im April 1919 nieder und erklärte die Sozialisierung für gescheitert. Auch ein zweiter Anlauf einige Monate später brachte keine Fortschritte. Das Vorhaben, die politische durch eine soziale Revolution zu ergänzen, scheiterte nicht nur am Widerstand der bürgerlichen Kräfte, sondern auch an der politischen Strategie der rechten Sozialdemokratie.

Ganz anders in Russland: Hier war es den Bolschewiki, der revolutionären Fraktion der Sozialdemokratie, mit geschicktem Taktieren gelungen, die demokratische Revolution unter der Führung Kerenskis zu torpedieren und sich selbst an dessen Stelle zu setzen. Lenins «Diktatur des Proletariats», die faktisch eine Diktatur der Bolschewiki war, schuf von Anfang an den Mythos einer roten Revolution, obgleich die Machtübernahme der Kommunisten zunächst eher einem lokal begrenzten Staatsstreich glich. Doch die «Oktoberrevolution» und Lenins revolutionstheoretische Neuformulierung des Marxismus strahlten weit über Russland hinaus und beflügelten die kommunistischen Bewegungen in ganz Europa. Weil das bolschewistische Experiment zu beweisen schien, dass die mar-

xistische Stadientheorie, nach der auf den Feudalismus erst die bürgerliche Demokratie folgen müsse, bevor die Einführung des Sozialismus geschichtlich möglich sei, falsch war, hielten auch viele Marxisten in Deutschland den Tag für gekommen, die Revolution auszurufen. Wie genau die Abschaffung der Klassenherrschaft abzulaufen habe und was die Umwälzung überhaupt umfassen sollte, war dabei umstritten. Die aus Moskau bereits Ende 1918 nach Deutschland gesandten bolschewistischen Agenten und Agitatoren vermochten es zwar vereinzelt, lokal Einfluss auszuüben, aber mit Ausnahme der kurzen Phase der zweiten, kommunistischen Räterepublik in München im April 1919 blieben sie in der deutschen Linken vorerst marginal.⁸ Was marxistisch, was sozialistisch, was kommunistisch war, das befand sich in den ersten Nachkriegsjahren noch im Fluss.

All dies führte zu einer Ausdifferenzierung des Marxismus, zu einer Pluralisierung der Linken und zum Entstehen einer lebhaften sozialistischen Kultur, die einerseits an die vielgestaltigen Tätigkeiten der Arbeitervereine im Kaiserreich anknüpfte, andererseits aber auch avantgardistische Kunstformen und eine neue proletarische Straßenkultur hervorbrachte. An den Wahlurnen und in den Regierungsstuben waren die ersten Jahre der Republik zweifellos von der Dominanz der SPD geprägt, die im Bündnis mit den bürgerlichen demokratischen Parteien das Rückgrat der Weimarer Republik bildete. Aber unverkennbar war auch, dass diese Koalition sowohl vom rechten als auch vom linken Rand des politischen Spektrums unter Dauerbeschuss genommen wurde. In Kiel beispielsweise, das in der Revolution das Zentrum der meuternden Matrosen gewesen war, die den Umsturz erst eingeleitet hatten, entstand 1919 ein linksradikales, rätekommunistisch ausgerichtetes Milieu, das sich sowohl gegen den Reformismus der Sozialdemokratie als auch gegen den Zentralismus der Kommunisten richtete. «Bei allen politischen Differenzen im Detail», so der Historiker Detlef Siegfried, waren die Ansichten dieser politischen Szene «doch von einer gemeinsamen Grundidee getragen: Es ging darum, einen Mittelweg zwischen einer radikalen Verstaatlichung, wie sie in Sowjetrußland zu beobachten war, und dem rein dezentralen Prinzip des Syndikalismus zu finden.»⁹ Manche Mitglieder dieses Milieus blieben in der SPD, andere wechselten zwischen verschiedenen linken Gruppen hin und her – von der USPD zur KPD, nach der Spaltung

1920 verstärkt zur in Norddeutschland einflussreichen antileninistischen Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD) oder auch zur rätekommunistischen Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU). Kennzeichnend für dieses Segment der Linken blieb aber stets das Schwanken zwischen Sozialdemokratie und Bolschewismus, oder geopolitisch ausgedrückt: zwischen Weimar und Moskau.

Eine führende Figur dieser Gruppe war der aus einer Unternehmerfamilie stammende Soziologe Kurt Albert Gerlach, der genau wie der bereits erwähnte Karl Korsch schon in der Vorkriegszeit in England mit dem evolutionären Sozialismus der Fabian Society in Kontakt gekommen war und nach 1918 in einem atemberaubenden Radikalisierungsprozess über die SPD und die USPD schließlich zu den Anarchosyndikalisten stieß.¹⁰ Gerlach, der einige Jahre später zusammen mit Felix Weil der Spiritus Rector der Institutsgründung werden sollte, engagierte sich – sehr zum Entsetzen seines Doktorvaters Ferdinand Tönnies – für die revolutionäre Linke. «Ich weiß auch, dass in dieser Partei [der USPD] ebenso wie in anderen Parteien viel Übles ist», schrieb er Ende Dezember 1919 beschwichtigend an den erzürnten Tönnies. «Aber ich halte das revolutionäre Feuer für nötig und bin einmal zum entschiedenen Sozialismus übergegangen. Die Rechtssozialisten mögen auch ihre Funktionen haben; die USP hat sie auch, und mir liegen die am nächsten.»¹¹ Doch auch dieser Schritt sollte nicht das Ende seiner Radikalisierung sein.

In Kiel, wo er nach seiner Habilitation seit 1913 am Institut für Weltwirtschaft gewirkt hatte, war er eine zentrale intellektuelle Figur gewesen und vertrat bereits gemäßigt sozialistische Ansichten. Der Krieg bestärkte ihn in seiner Kritik an der bürgerlichen Eigentumsordnung und ließ ihn zum aktiven Verfechter einer grundlegenden Umwälzung der Gesellschaft werden. 1919 wurde er als Lehrstuhlvertreter an die Technische Hochschule in Aachen berufen und kam in Kontakt zu anarchosyndikalistischen Kreisen um die Freie Arbeiter-Union (FAUD). Nun bezeichnete er sich selbst als «Anarcho-Kommunist», beteiligte sich an Streiks und verfasste für die FAUD-Zeitschrift *Der Syndikalist* einige Beiträge.¹² Unter dem kleinen Kreis von Genossen, die er in Aachen um sich scharte, befand sich auch der uns bereits bekannte Richard Sorge, der nach dem Krieg im Kieler Arbeiter- und Matrosenrat aktiv war und am Institut für Weltwirtschaft eine Anstellung als Assistent Gerlachs fand. 1919 folgte er

Gerlach in dieser Position nach Aachen, so, wie er ihn drei Jahre später nach Frankfurt an das neue Institut für Sozialforschung begleitete.

Dazwischen lag allerdings eine für Intellektuelle eher ungewöhnliche Phase: Nachdem Sorge im Oktober 1919 der KPD beigetreten war, wurde er bereits im März 1920 wegen seiner Beteiligung an proletarischen Abwehrkämpfen gegen den rechtsradikalen Kapp-Putsch von der Hochschule entlassen.¹³ Statt am Schreibtisch zu sitzen, begab er sich daraufhin unter Tage, um die rheinischen Bergarbeiter für die Revolution zu gewinnen. Durchaus eines Sinnes mit Gerlach half er dabei, radikale Betriebsgruppen zu gründen und sabotierende Arbeiter vor Verfolgung zu schützen. Daneben arbeitete er für das KPD-Organ *Bergische Arbeiterstimme* und seit 1921 auch als Lehrer an der KPD-Parteischule in Solingen. Die Genossenschafts-Buchdruckerei der *Arbeiterstimme* veröffentlichte sein erstes Buch *Rosa Luxemburgs Akkumulation des Kapitals*, das offenbar auf Grundlage seiner Schulungen entstanden war, denn laut Untertitel hatte er es *Bearbeitet für die Arbeiterschaft*.¹⁴ Schon in seiner Zeit im Bergischen Land stand er in Kontakt mit dem sowjetischen Auslandsgeheimdienst, speziell mit Mitarbeitern des Chefs des militärischen Geheimdienstes (GRU), Jan Karlowitsch Bersin, der ihn später auch als Agent anwarb und während des Zweiten Weltkriegs als äußerst erfolgreichen Spion nach Tokio und Shanghai entsandte.¹⁵

Nachdem Sorge Ende September 1922 wegen Verächtlichmachung eines Schwurgerichts zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden war, wurde die Lage in Solingen für ihn zunehmend prekär.¹⁶ Einen Tag nach der Verurteilung verließ er Solingen Richtung Frankfurt, wo sein alter Freund und Mentor Gerlach seit dem Sommersemester einen Lehrauftrag innehatte und für den Direktorenposten des im Entstehen begriffenen Instituts für Sozialforschung vorgesehen war. Sorge kehrte also als erfahrener politischer Aktivist in den wissenschaftlichen Betrieb zurück – wo er allerdings genau das fortsetzen sollte, was er schon im Rheinland getan hatte, nämlich die kommunistische Agitation. Der designierte erste Direktor des Instituts für Sozialforschung Gerlach und sein Assistent Sorge waren nicht nur ausgezeichnete Sozialwissenschaftler, sondern auch linksradikale Aktivisten. Das war für sie weder ein Widerspruch noch überhaupt ein grundsätzlicher Unterschied: Wissenschaft war für sie kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zur Emanzipation. Inso-

fern erschien ihnen die Idee eines unabhängigen marxistischen Forschungsinstituts als höchst attraktiv. Hier könnten die politischen und die wissenschaftlichen Ambitionen harmonisch ineinanderfließen.

Einen gänzlich anderen Weg schlug ein anderer politischer Aktivist ein, der nur wenig später als Sorge zum Institut für Sozialforschung stoßen sollte: Henryk Grossmann. Der Ökonom stammte aus Krakau in Westgalizien, das damals zum cisleithanischen Teil des Habsburger Reiches gehörte. Anders als Sorge oder Marcuse war der knapp fünfzehn Jahre ältere Grossmann nicht durch den Ersten Weltkrieg politisiert worden, sondern schon lange zuvor während seines Studiums an der Jagiellonen-Universität in Krakau sozialistischen Organisationen beigetreten. Als Mitglied in der Polnischen Sozialdemokratischen Partei Galiziens (PPSD) fand er sich schnell an deren linkem Rand wieder und wurde im Jahr 1905 Redakteur der radikalen Studentenzeitschrift *Zjednoczenie* (Vereinigung). Seine ersten, auf Polnisch und Jiddisch veröffentlichten Texte zeigen, dass er nicht nur dem reformistischen Kurs der PPSD kritisch gegenüberstand, sondern auch die Assimilationsforderungen der Partei an die jüdischen Genossen zurückwies.¹⁷ Wie die Bundisten im Russländischen Reich war auch Grossmann davon überzeugt, dass die Juden ihre nationale und kulturelle Identität nicht dem Sozialismus opfern mussten, sondern eine selbstständige jüdische Arbeiterbewegung aufbauen konnten. Folglich beteiligte sich Grossmann 1905 an der Gründung der Jüdischen Sozialdemokratischen Partei in Galizien (ŻPSD), die dem Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland (kurz: Bund) nahestand, und wurde ihr erster Exekutivdirektor. 1908 zog es Grossmann nach Wien, um dort nach der erfolgreichen Promotion zum Dr. iur. das für den angestrebten Anwaltsberuf obligatorische Rechtsreferendariat zu absolvieren. Hier besuchte er Vorlesungen bei dem liberalen Ökonomen Eugen von Böhm-Bawerk und besonders bei dem Austromarxisten und späteren Institutsdirektor Carl Grünberg, der ihn als wissenschaftlichen Mitarbeiter anstellte. Doch der Ausbruch des Ersten Weltkriegs setzte seiner wissenschaftlichen Karriere vorerst ein jähes Ende. Grossmann wurde eingezogen und als Soldat der österreichischen Armee an die Front nach Wolhynien in der heutigen Ukraine geschickt. Als Leutnant wurde er 1917 ins Kriegsministerium berufen, wo er fortan als wissenschaftlicher Berater fungierte.

Auch Grossmann ließ sich 1917 vom Fieber der Oktoberrevolution im benachbarten Russland anstecken. Hatte er sich vor dem Krieg politisch noch in der linken Sozialdemokratie verortet, so bekannte er sich nun – seit 1919 Bürger der zweiten Polnischen Republik – zur Revolution und trat der probolschewistischen Kommunistischen Arbeiterpartei Polens (KPRP) bei, die 1921 Mitglied der Komintern wurde. Zwar wurde Grossmann 1922 auf eine Professur für Nationalökonomie an die Freie Universität in Warschau berufen, aber das schützte ihn nicht vor politischer Verfolgung. Insgesamt fünf Mal wurde er verhaftet und saß wiederholt mehrmonatige Haftstrafen ab.¹⁸ Nachdem Grossmann 1924 erneut wegen seiner politischen Betätigung ganze acht Monate lang inhaftiert worden war, kehrte er Polen den Rücken zu und emigrierte 1925 nach Deutschland. Genauer gesagt nach Frankfurt, wo der Institutsleiter Carl Grünberg, sein Lehrer aus Wiener Zeiten, ihn abermals unter seine Fittiche nahm. Zwar trat Grossmann als polnischer Staatsbürger der KPD niemals bei, aber es kann kein Zweifel daran bestehen, dass er ihr nahestand und sich ihren politischen Zielen verbunden fühlte.

Auch andere Mitglieder des Instituts für Sozialforschung aus den Anfangsjahren bewegten sich nach der Revolution im Umfeld einer Kommunistischen Partei oder waren selbst Mitglieder. Karl August Wittfogel etwa, der vor dem Krieg im Wandervogel aktiv gewesen war und 1918 zunächst der USPD, 1920 dann der KPD beitrug, ist dafür ein herausragendes Beispiel. Gemeinsam mit dem Physiker Hans Reichenbach, den er noch aus der Jugendbewegung kannte, setzte Wittfogel sich schon als junger Mann für eine Politisierung der studentischen Organisationen ein. Anfang der zwanziger Jahre war er jedoch vor allem als Schriftsteller und Bühnenautor bekannt, der unter anderem Stücke für Erwin Piscators Proletarisches Theater schrieb. 1925, schon als Mitarbeiter des Instituts, leitete Wittfogel kurzzeitig den Kulturteil der KPD-Parteizeitung *Rote Fahne*, die zu dieser Zeit unter anderem von Julian Gumperz herausgegeben wurde, dem späteren Assistenten des stellvertretenden Institutsleiters Friedrich Pollock. Die Liste ließe sich fortsetzen, doch das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die KPD nur für einen Teil der späteren Institutsmitglieder nach der Revolution vorübergehend zur politischen Heimat geworden war. Neben den Mitgliedern von SPD, USPD, KPD oder der anarchosyndikalistischen FAUD gab es unter den späteren Insti-

tutsmitarbeitern auch jene, die sich, obwohl vom Marxismus überzeugt, keiner spezifischen politischen Strömung anschlossen und auch um Parteien einen großen Bogen machten. Dies gilt etwa für Walter Benjamin, der ebenfalls aus der freistudentischen Jugendbewegung kam und nach dem Krieg mit anarchistischen und syndikalistischen Ideen sympathisierte, oder für die Freunde Friedrich Pollock und Max Horkheimer, die die spätere Institutsgeschichte so entscheidend prägen sollten.

Anders als Benjamin hatten sich Pollock und Horkheimer von der Jugendbewegung ferngehalten, was vielleicht mit ihrer zwar großbürgerlichen, aber zugleich auch eher provinziellen Herkunft zu tun hatte. Von Stuttgart aus lernten die beiden Unternehmersöhne die Welt als großzügig von den Eltern unterstützte Volontäre in Brüssel, Manchester und London kennen. Ihre Rebellion gegen die Väter trug zwar ebenfalls lebensreformerische Züge, aber sie suchten nicht in bündischen Gemeinschaften, sondern in der Zweisamkeit einer symbiotischen Freundschaft Zuflucht vor der Ungerechtigkeit der bürgerlichen Gesellschaft. Erst als sie mit Kriegsende eher zufällig in den Mahlstrom der Münchner Räterepublik gerissen wurden, begann ihre eigentliche Politisierung. Als teilnehmende Beobachter wohnten sie revolutionären Versammlungen und Demonstrationen bei, lernten linke Intellektuelle aus allen in München vertretenen Strömungen kennen und betätigten sich zeitweilig sogar als Fluchthelfer für kommunistische Aktivisten, die von der Konterrevolution gejagt wurden.¹⁹ Obwohl insbesondere Pollock aufmerksamer Leser der *Roten Fahne* wurde, der von Rosa Luxemburg gegründeten Parteizeitschrift der KPD, hielten sie sich von politischen Organisationen fern. Stattdessen wurden sie als junge bürgerliche Linksintellektuelle Teil der Schwabinger Bohème. Horkheimer trug auf literarischen Versammlungen selbstverfasste Gedichte und Novellen vor, auf Schritt und Tritt begleitet von seinem treuen Gefährten Pollock, der sich stattdessen stärker mit marxistischer Theorie auseinandersetzte. Als die Münchner Räterepublik gestürzt war und die bayerische Hauptstadt zur «Ordnungszelle» der Konterrevolution heranzureifen begann, verließen die beiden die Stadt, um an der neu gegründeten Frankfurter Universität Philosophie und Nationalökonomie zu studieren. Sie wollten herausfinden, so erinnerten sie sich später, was das für eine Welt sei, in der sie da lebten.

In Frankfurt lernten sie Felix Weil kennen, der in einem gemeinsam

besuchten Seminar auf die etwas älteren Kommilitonen aufmerksam wurde, weil sie vehement für die Sache des Marxismus eintraten. Weil hatte gerade seine bei Robert Wilbrandt in Tübingen begonnene Dissertation zum Begriff der Sozialisierung abgeschlossen und war nun voller Tatendrang, um sein Leben in den Dienst der Revolution zu stellen. Auch Weil hatte eine revolutionäre Erfahrung durchlebt, und auch er schloss sich keiner Partei an, obgleich er der KPD sicher näherstand als Pollock und Horkheimer. Sein Weg zur Promotion war steinig und von den revolutionären Umbrüchen erschwert gewesen. Als am 10. November 1918 die Hessische Republik ausgerufen worden war, hatte sich Weil mitten ins revolutionäre Getümmel begeben. Im vollen Wuchs seiner Studentenverbindung, der liberalen Cimbria, betrat er das Hotel Frankfurter Hof, in dem der Arbeiter- und Soldatenrat logierte, und stellte sich der Revolution zur Verfügung.²⁰ «Bewaffnet mit einem Gewehr» beteiligte er sich kurze Zeit später an der Erstürmung eines Maschinengewehrdepots in der Frankfurter Festhalle und übernahm die Leitung einer Arbeiterwehr, die ihm der neue Polizeipräsident Hugo Sinzheimer, ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsanwalt und ab 1920 auch Professor für Arbeitsrecht und Rechtssoziologie an der Frankfurter Universität, übertragen hatte. So bezog er für zwei Wochen Quartier im Frankfurter Polizeirevier, wo er in einer schlaflosen Nacht auf seiner Pritsche das Erfurter Programm der SPD studierte.²¹

Im Rückblick erschien Weil diese Lektüre als das Schlüsselereignis, das ihn für den Marxismus gewann: «Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern», las er da, «ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter – Kapitalisten, Großgrundbesitzer – in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen.»²² Das leuchtete ihm, dem Sohn des Großkapitalisten Hermann Weil, unmittelbar ein. Anders als er selbst, dem der Reichtum durch das Erbe seiner Mutter einfach so zugeflossen war, hatte sein Vater zwar schwer für seinen Erfolg gearbeitet, und Weil respektierte dessen Lebensleistung. Aber er wusste auch, dass die Dienstboten und Kindermädchen in der väterlichen Villa, die abhängigen Kleinbauern auf den Weizenfeldern und die Arbeiter in den Transportbetrieben mindestens genauso hart schufteten, ohne damit größeren Wohlstand erreichen

zu können. Sie blieben abhängige Arbeiter, die für den Reichtum und Luxus Hermann Weils sowie den des sich nun als Revolutionär aufspielenden Sohnes ausgebeutet wurden. Schon lange hatte Felix Weil ein schlechtes Gewissen mit sich herumgetragen, denn der Unterschied zwischen seinem Lebensstil und dem seiner Mitschüler und Nachbarn war ihm bewusst; zudem war er im Elternhaus seit jeher von Bediensteten umgeben, die sichtlich bescheidener leben mussten als er selbst. Nun, mit der Lektüre des Erfurter Programms, fiel es ihm wie Schuppen von den Augen, und er las begeistert, was zu tun sei: «Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln – Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel – in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, dass der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.»²³

• • •

Diesem Ziel, der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sah Weil sich nun verpflichtet und beobachtete aufmerksam, wie die Sozialisierungskommission ihre schwierige Arbeit aufnahm. Die konservativen Nationalökonomien der Frankfurter Universität, Andreas Voigt und Paul Arndt, «hielten es für unter ihrer Würde, sich mit sozialistischen Problemen wie Planwirtschaft auseinanderzusetzen», und so hielt Weil Ausschau nach einem geeigneteren Ort, um die politischen Forderungen des Marxismus wissenschaftlich zu studieren.²⁴ Als der österreichische Ökonom Robert Wilbrandt, der die Idee eines genossenschaftlichen Sozialismus verfocht und Mitglied der Sozialisierungskommission war, nach dem Scheitern der Verstaatlichungsbemühungen Berlin verließ und auf seine Professur in Tübingen zurückkehrte, begann Weil, unter dessen Betreuung seine Doktorarbeit zur Sozialisierungsfrage auszuarbeiten.

Kaum in Tübingen angekommen, rief er in einem Aushang am Schwarzen Brett der Universität zur Gründungsversammlung einer «Sozialisti-

schen Studentengruppe» auf, die sich von nun an in seinem kleinen Zimmer im Hause seiner Cousine Julie Stern traf. Die Gruppe war äußerst aktiv, veranstaltete Vortrags- und Diskussionsabende in dem über achthundert Personen fassenden Schillersaal der Tübinger Museumsgesellschaft, und Felix Weils Studentenbude bildete das organisatorische Zentrum der kleinen sozialistischen Zelle.²⁵ Gemeinsam mit seinen Kommilitonen Karl Schmückle und Heinrich Süßkind beratschlagte Weil, wie man das revolutionäre Feuer der Massen entflammen könnte. Sie fühlten sich wie Verschwörer. Es dauerte nicht lange, bis erstmals die Polizei bei Weils Cousine vorstellig wurde und ihr nahelegte, das radikale Treiben in ihrem Hause zu unterbinden. Doch sie unternahm gar nichts, denn Julie Stern, die als Kriegswitwe ein kleines Kleidungsgeschäft betrieb, konnte nicht nur die finanzielle Unterstützung ihres Vetters gut gebrauchen, sondern schätzte auch dessen freundliche und weltgewandte Persönlichkeit.²⁶ Weils Zimmer blieb auch weiterhin das Planungsbüro des sozialistischen Zirkels.

Als im April 1919 in Jena der erste Delegiertenkongress der Sozialistischen Studentengruppen des Deutschen Reiches stattfand, nahm Weil als Abgeordneter Tübingens teil. Hier lernte er den zwölf Jahre älteren Karl Korsch kennen, der Wilbrandt in der Sozialisierungskommission für den Kohlebergbau zugearbeitet hatte und dem linken Flügel der USPD angehörte. Es war Korsch, der Weil in das marxistische Milieu der Weimarer Republik einführte und ihn mit zahlreichen Intellektuellen und Politikern bekannt machte, die später auch für die Geschichte des Instituts für Sozialforschung eine Rolle spielen sollten.

Zunächst jedoch wurde Weils Ansinnen, marxistische Wissenschaft und politisches Engagement miteinander zu verbinden, jäh unterbrochen. Noch im ersten Semester, in dem er Vorlesungen und Seminare bei Wilbrandt, Ludwig Stephinger, Franz Gutmann sowie dem völkischen Ökonomen Carl Johannes Fuchs besuchte, radikalisierte sich die Sozialistische Studentengruppe. Unter dem Eindruck der Zersplitterung der USPD im Reich trennte sich auch die Studentengruppe in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel. Weil gehörte Letzterem an und orientierte sich in seiner politischen Haltung an Willi Münzenberg und vor allem an Clara Zetkin, mit der er auch persönlich befreundet war. Infolge seiner politischen Betätigungen wurde Weil – der

als argentinischer Staatsbürger ohnehin nur unter Vorbehalt zum Studium zugelassen war – im August 1919 die Fortführung seines Studiums verwehrt.

Weil ignorierte die Anordnung und besuchte einfach weiterhin Vorlesungen und Seminare. Auch seine politischen Aktivitäten setzte er fort. Als das Kultusministerium im Oktober 1919 um einen Lagebericht bat, beklagte Carl Sartorius, der Rektor der Tübinger Universität, «dass die bolschewistisch-spartakistische Agitation auch in Tübingen unter der Studentenschaft einige Erfolge zu verzeichnen» habe. Ohne Zweifel verfügten die Radikalen über «geistig hochstehende, hervorragende Redner», die ein gewisses Gefahrenpotenzial darstellten, wenn man sie gewähren lasse. Doch von «den führenden Studenten des letzten Semesters sind mehrere, als Ausländer, in diesem Semester nicht mehr zugelassen und nicht mehr hier wohnhaft. [...] Auch stud. rer. pol. Weil (argentinischer Staatsbürger aus Frankfurt a. M.) ist in diesem Semester nicht mehr als Studierender zugelassen, hält sich aber trotzdem immer noch hier auf. Es ist Sache der Polizei, diese Persönlichkeiten, die in keinem Verhältnis zur Universität stehen, so rasch wie möglich zu entfernen und damit ihre gefährliche agitatorische Kraft für die Studierenden unschädlich zu machen.»²⁷ Drei Tage später wurde Weil im Zuge eines konzertierten Schlasses gegen lokale Kommunisten verhaftet und Anfang November aus Württemberg ausgewiesen. Zornig, aber alles andere als resigniert begab er sich zurück nach Frankfurt und setzte sein Studium unter neuen Bedingungen fort.

Vielleicht war es diese Erfahrung der politischen Verfolgung, die Weil dazu trieb, zukünftig seinen Aktivismus zu tarnen, indem er marxistische Intellektuelle förderte, die sich stärker als er selbst in der Öffentlichkeit exponieren konnten. Mit der Ausweisung aus Württemberg waren auch seine Pläne dahin, bei Wilbrandt seine Promotion mit einer Studie über den Begriff der Sozialisierung abzuschließen. Ein erneutes Gesuch, zumindest für den Tag der mündlichen Prüfung einreisen zu dürfen, entschied das Innenministerium abschlägig. Und so blieb ihm nach Rücksprache mit seinem Doktorvater nichts anderes übrig, als sich einen neuen Betreuer in Frankfurt zu suchen. Sorgfältig begann er, das bereits vorliegende Manuskript durch die Verwendung «äsopischer Sprache» zu entschärfen – ein Schlüsselbegriff des institutseigenen Jargons, der weni-

ger auf die Fabeln des griechischen Dichters Äsop direkt als vielmehr auf das spätantike *Buch des Philosophen Xanthos und seines Sklaven Aisopos* anspielt, das legendenhaft über das Leben des Dichters berichtet. Äsop wird in dem Buch als Sklave dargestellt, der sich seiner sprachlichen Begabung bedient, um seinen Herrn zu täuschen und hinteres Licht zu führen. Wenn Weil sich in seiner Dissertation nun «äsopischer Sprache» bediente, indem er etwa anstatt des Wortes «Proletariat» den Ausdruck «untere Bevölkerungsschicht» verwendete, dann tat er das, um den marxistischen Gehalt bewusst zu verschleiern. Mit Erfolg. Kurze Zeit später übernahm der liberale Ökonom Adolf Weber offiziell die Betreuung. Im März 1920 war das Promotionsverfahren abgeschlossen, ein Jahr später erschien die nochmals überarbeitete Dissertationsschrift, der ein betont unpolitisches Vorwort vorangestellt war, in einer von Karl Korsch herausgegebenen Buchreihe unter dem Titel *Sozialisierung. Versuch einer begrifflichen Grundlegung nebst einer Kritik der Sozialisierungspläne*.²⁸ Der junge argentinische Spartakist aus reichem Elternhaus war nun ein Dr. rer. pol.

Nach dem Krieg hatte ihn die Revolution einst mitgerissen und zum überzeugten Marxisten werden lassen. Als Student machte er seine ersten Erfahrungen als sozialistischer Aktivist und musste bald feststellen, dass die bürgerliche Repression die Oberhand behielt und die Revolution auf halbem Weg stecken blieb. Wie Herbert Marcuse, Henryk Grossmann und Friedrich Pollock wollte er nun jenseits einfacher Schuldzuweisungen herausfinden, was schiefgelaufen war und warum. Anders als Richard Sorge wählte er nicht den Weg des kommunistischen Agitators, sondern suchte nach wissenschaftlichen Antworten auf die Frage, wie eine zukünftige sozialistische Revolution erfolgreich sein könnte. Es galt, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Dazu bedurfte es eines Frei-raums für marxistische Forschung, die vom herkömmlichen akademischen Betrieb ebenso unabhängig war wie von den politischen Parteien. Kurzum: Es bedurfte eines Instituts für Sozialforschung.

3. Zwischen den Institutionen

Die Gründung des Instituts für Sozialforschung

Berlin, Deutsches Reich, Wilhelmstraße 68, Ende September 1922. Erich Wende, Geheimrat im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, versinkt in Bergen von Papier, die seine Sekretärin unaufhörlich mit neuen Briefen und Unterlagen anreichert. Zwischendurch klingelt noch das Telefon, und der nächste Besprechungstermin steht auch schon wieder an. Vertieft in seine Korrespondenz, reißt plötzlich ein Klopfen an der Tür den Ministerialbeamten aus seinen Gedanken.¹ Ein Dr. Weil sei gekommen, um ihn unverzüglich zu sprechen, erklärt die Sekretärin und beteuert, sie habe dem jungen Mann gesagt, dass der Geheimrat nicht zu sprechen sei. Doch der habe insistiert und mit einem Schreiben von Dr. Haenisch herumgewedelt. Sie reicht Wende einen mit wenigen Zeilen beschriebenen Zettel, auf dem es heißt: «Überbringer ist mein Freund Dr. rer. pol. Felix Weil, ein reicher Junge, aber doch ein guter Sozialist. Er bringt Ihnen sein Angebot, an der Universität Frankfurt ein Institut für Sozialforschung zu errichten. [...] Sie wissen, wieviel mir daran liegt, dem Studium des Marxismus eine akademische Heimstätte zu geben. Hier ist die Möglichkeit dafür. Ich hoffe, Sie stimmen mit mir überein. Ihr Konrad Haenisch.»² Sofort lässt Wende den Gast hereinbitten. Vor ihm steht ein junger, modisch gekleideter Mann mit Lockenkopf, der seine Nervosität und Unsicherheit durch eine offensive, ja fast aufdringlich wirkende Art überspielt. Weil bedankt sich dafür, empfangen zu werden, und legt Wende seine Pläne für die Gründung eines Instituts für Sozialforschung in Frankfurt vor.

Wendes Vorgesetzter, Kultusminister Otto Boelitz von der nationalliberalen DVP, machte es Wende nicht eben einfach, die von seinem sozialdemokratischen Vorgänger Konrad Haenisch eingeleitete Hochschulreform umzusetzen. Die Revolutionsregierung hatte 1918 erkannt, dass

das noch immer halb feudale deutsche Universitätssystem dringend demokratisiert gehörte, wenn die Hochschulen eine Stütze der Republik sein sollten. Die professoralen Hierarchien mussten abgebaut und Mitarbeitern wie Studenten Mitspracherechte eingeräumt werden. Haenisch und sein Mitarbeiter Erich Wende, überzeugter Preuße und gläubiger Katholik, aber politisch liberal gestimmt, kämpften dabei an vorderster Front.³ Doch bei den Landtagswahlen im Februar 1921 hatte die SPD über zehn Prozentpunkte eingebüßt, während die nationalliberale DVP, die rechtsextreme DNVP und auch die KPD kräftig zulegen konnten. Zwar blieb die SPD mit deutlichem Abstand die stärkste Kraft, aber die Koalitionspartner der «Weimarer Koalition», Zentrumspartei und DDP, setzten erfolgreich durch, dass die DVP in der Regierung berücksichtigt wurde, um nach Spartakusaufstand und Kapp-Putsch eine stabile Regierung als Brandmauer gegen die radikale Rechte und Linke zu errichten. Auf diese Weise wurde Otto Boelitz im ersten Kabinett Otto Brauns preußischer Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, obwohl er ein erklärter Gegner der Republik war.

Anders als der deutschnational gestimmte Minister, dem es vor allem um den «Wiederaufbau unseres armen deutschen Vaterlandes» nach den «furchtbarsten Auswirkungen des erbarmungslosen Friedensvertrages von Versailles» ging, war Wende ein überzeugter Anhänger der Republik und ihrer Institutionen.⁴ Einer «aus Demokraten [d. i. DDP, PL], Volkspartei und Zentrum zusammengeschweißten Partei» würde er sich freudig anschließen, schrieb er Ende Juli 1922 an seinen Freund, den Orientalisten und parteilosen Kulturpolitiker Carl Heinrich Becker.⁵ Voraussetzung dafür aber sei, dass der rechte Rand der DVP die Partei verlasse und sich der völkisch-antisemitischen DNVP angliedere, «denn eine bürgerliche Arbeitsgemeinschaft ist nur tragbar gegenüber einer starken Rechten; denn sonst glaubt diesen Bürgerlichen niemand ihre republikanische Geste». Mit der extremen Rechten wollte er nichts zu schaffen haben und war deshalb auch bemüht, im Bereich der Bildungspolitik Bündnisse mit anderen demokratischen Kräften zu schmieden. Einer seiner engsten Vertrauten war Konrad Haenisch selbst, der ihn einst ins Ministerium geholt hatte und dem er sich noch immer zu Dank verpflichtet fühlte. Haenisch war eine schillernde Figur. In der SPD hatte er ursprünglich der Parteilinken um Walter Mehring, Karl Kautsky und Rosa Luxemburg

angehört, sein Sohn Walter wurde später Mitglied der KPD.⁶ Nachdem Konrad Haenisch im August 1914 die Bewilligung der Kriegskredite zunächst abgelehnt hatte, ließ er sich zwei Monate später umstimmen und wechselte binnen kurzer Zeit ins nationalistische Lager um die Zeitschrift *Die Glocke*, die den Krieg ideologisch rechtfertigte. Nach der Novemberrevolution wurde er als Kultusminister die führende Kraft in der Umgestaltung des deutschen Bildungswesens, wobei er sich mit gewaltigen Widerständen konfrontiert sah. In Erich Wende und Carl Heinrich Becker, der 1921 kurzzeitig sein Nachfolger als Kultusminister wurde, sah er treue Verbündete, deren Einfluss er auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt noch zu nutzen verstand. Im Juli 1921 etwa wandte er sich mit einem «rührenden Brief» an Wende und Becker, in dem er um Unterstützung dafür bat, «alle seine Juden» unterzubringen, wie Wende bemerkte, «besonders in Frankfurt».⁷ Wiederholt versuchte Haenisch, der seit 1922 Regierungspräsident des Regierungsbezirks Wiesbaden war, hinter den Kulissen Einfluss auf ministerielle Entscheidungsprozesse zu nehmen, um seine politische Agenda durchzusetzen. Dazu gehörte auch, den Widerstand mancher Fakultäten gegen jüdische Wissenschaftler zu brechen, wobei gerade die Frankfurter Universität in dieser Hinsicht eher eine Ausnahme bildete und vergleichsweise viele jüdische Professoren vorweisen konnte.⁸ Wende brauchte er in dieser Hinsicht nicht zu überzeugen, auch er war ein vehementer Gegner des Antisemitismus.

Auch Felix Weil, der an jenem Septembertag im Jahr 1922 vor Wende stand und ihn um Unterstützung bei der Gründung eines neuartigen Forschungsinstituts bat, war Jude. Im Gepäck hatte er eine gemeinsam mit Kurt Albert Gerlach verfasste Denkschrift, worin Argumente für die Gründung eines neuen Instituts dargelegt wurden und die umriss, welches Profil es einmal haben sollte: Anders als in den Naturwissenschaften, wo unabhängige Forschungsinstitute bereits seit Langem eine Selbstverständlichkeit seien, wies die sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft noch immer große Lücken auf. Zwar existierten bereits große wirtschaftswissenschaftliche Forschungszentren, unter anderem das 1914 gegründete Kieler Institut für Weltwirtschaft, an dem Gerlach tätig gewesen war, aber die Erforschung der Gesellschaft als Ganzer werde bislang lediglich in Köln am 1919 gegründeten «Institut für soziale Forschung» betrieben, das sich in kommunaler Trägerschaft befand und anfänglich vor allem

von Oberbürgermeister Konrad Adenauer unterstützt worden war. Der Mangel an sozialwissenschaftlicher Forschung müsse, so die Denkschrift Weils und Gerlachs, dringend behoben werden: «Es dürfte sich heute kaum noch jemand finden, der die Augen davor verschließen könnte, von welcher sowohl wissenschaftlichen wie praktischen Bedeutung die Kenntnis und Erkenntnis des sozialen Lebens in seinem ganzen Umfang ist, jenes ungeheuren Geflechtes von Wechselwirkung der wirtschaftlichen Grundlage, den politisch-juristischen Faktoren bis zu den letzten Verästelungen des geistigen Lebens in Gemeinschaft und Gesellschaft.»⁹ Die Sprache der Denkschrift war gedrechselt und umständlich, denn wie schon bei der Publikation seiner Doktorarbeit achtete Weil auch hier darauf, allzu radikal klingende Formulierungen zu vermeiden. Er hatte aus seiner Vergangenheit gelernt und beherrschte den «äsopischen» Stil. Daher wurde aus der marxistischen Theorie der kapitalistischen Gesellschaft flugs ein «Geflecht von Wechselwirkung» zwischen Wirtschaft, Staat und Kultur. Auch eine Referenz auf Ferdinand Tönnies' soziologischen Bestseller *Gemeinschaft und Gesellschaft* von 1887 wurde eingebaut – wohl nicht nur, weil Gerlach dessen Schüler war, sondern auch, um die Anschlussfähigkeit an die wissenschaftliche Forschung zu signalisieren.¹⁰

Tatsächlich hatten Felix Weil und Kurt Albert Gerlach, der im Sommersemester 1922 an die Frankfurter Universität berufen worden war, die letzten Monate damit verbracht, die Gründung eines neuartigen Instituts für marxistische Forschung vorzubereiten. Es gibt keinen Zweifel daran, dass Weil und Gerlach die eigentlichen Initiatoren der Institutsgründung waren, was jedoch nicht bedeutet, dass sie die Planungen isoliert vorangetrieben hätten. Vielmehr stand gerade Felix Weil im permanenten Austausch mit seinen Freunden, zum einen mit seinem Mentor Karl Korsch, vor allem aber mit Friedrich Pollock und Max Horkheimer, die er im Proseminar an der Universität kennengelernt hatte und mit denen er nun eng befreundet war. Ohne Frage haben Horkheimer und Pollock, die das Institut seit 1928 und bis nach Kriegsende führen würden, später ein Interesse daran gehabt, ihre Rolle bei der Institutsgründung größer zu machen, als sie vermutlich war. Die neuere Forschung tut deshalb recht daran, diese Selbststilisierung kritisch zu sehen. Dennoch legen sowohl Weils als auch Pollocks Erinnerungen nahe, dass die beiden Studien-

freunde Pollock und Horkheimer, bei denen sich Weil immer wieder Rat holte, von Anfang an in die Planungen einbezogen waren. «Wir hatten ein Haus in Kronberg im Taunus», berichtete Pollock 1965 rückblickend, «und Weil kam öfter zu uns raus, und im Schlossgarten draußen haben wir das Institut also gegründet.»¹¹ Das war natürlich nicht wörtlich gemeint, denn Pollock fügte hinzu: «zunächst einmal gedanklich», doch Weil oder Gerlach als alleinige Initiatoren der Institutsidee darzustellen, blendet die sozialen Netzwerke aus, in denen sie sich Anfang der zwanziger Jahre bewegten. Dass Pollock und Horkheimer zu den Mitbegründern des Instituts für Sozialforschung gehörten, zeigt sich nicht nur daran, dass Pollock seit dem ersten Tag eine zentrale Rolle im Institut spielte, sondern auch an der Tatsache, dass Horkheimer Mitglied des Trägervereins war, der im Oktober 1922 gegründeten Gesellschaft für Sozialforschung (GfS). Die drei bildeten einen verschworenen Freundeskreis und heckten gemeinsam Ideen aus, von denen einige verwirklicht, andere verworfen wurden. Dass die Institutsidee realisiert wurde, hatte mit vielen kleinen Zufällen und Unwägbarkeiten zu tun, aber auch mit dem außergewöhnlichen Engagement Felix Weils: Denn er allein war es, der die Verhandlungen mit den Ministerien und dem Kuratorium der Universität führte. Dass es Weil, der nach dem Tod seiner Mutter Multimillionär war, nicht um akademische Meriten oder bürgerliche Philanthropie ging, sondern um einen Beitrag zur sozialistischen Revolution, musste dabei nach außen hin sorgsam verschleiert werden. Anders als häufig unterstellt, sollte das Institut zwar tatsächlich ein Forschungsinstitut und keine revolutionäre Agitationsschmiede werden, aber mit «Forschung» war aufseiten Weils, Gerlachs, Korschs und Pollocks vor allem die theoretische Aufarbeitung des Scheiterns der Revolution gemeint. Auf dem Programm stand also eine Erneuerung des Marxismus aus den Quellen der sozialrevolutionären Tradition der deutschen Arbeiterbewegung.

Dem Demokraten Wende gegenüber, wiewohl er das im Nachhinein bestritt, wird Weil sich auch im Gespräch «äsopischer» ausgedrückt haben. Dabei musste er keineswegs lügen, sondern bloß behutsamer formulieren, denn die Themen, die das Institut laut Denkschrift erforschen wollte, waren zwar weit gefächert, gehörten aber allesamt zu den großen Problemen der Weimarer Republik der frühen 1920er Jahre: «internationales Gewerkschaftsleben, Streik, Sabotage, Revolution als Lohnbewegung,

Antisemitismus als soziologisches Problem, Bolschewismus und Marxismus, Partei und Masse, Lebenshaltung der Bevölkerungsschichten, Verelendung Deutschlands».

•••

Aus Sicht eines Demokraten, der die Republik gegen seine Feinde stärken wollte, waren das Themen, die tagespolitisch geradezu auf der Hand lagen. Die Novemberrevolution, der Spartakusaufstand und der Kapp-Putsch lagen nicht lange zurück, und noch im März 1921 waren in der mitteldeutschen Industrieregion zwischen Halle, Leuna, Merseburg und dem Mansfelder Land bewaffnete Arbeiterrevolten ausgebrochen. Maßgeblich von der Komintern vorbereitet, beteiligten sich reichsweit über zweihunderttausend Arbeiter an dem Aufstand, der mit massiver Polizeigewalt niedergeschlagen wurde und zu einem der größten Fehlschläge der kommunistischen Bewegung in Deutschland führte. Über 180 Menschen kamen bei den Kämpfen ums Leben, darunter 35 Polizisten, fast 6000 Personen wurden verhaftet. KPD und KAPD, die organisatorisch maßgeblich bei der Revolte gewesen waren, gingen massiv geschwächt aus den Ereignissen hervor. Dennoch war es aus Sicht einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung vollkommen naheliegend, dass die tiefer liegenden Ursachen von Streik, Sabotage und Aufstand wissenschaftlich untersucht werden mussten. Dazu bedurfte es zum einen kritischer Studien des Bolschewismus in Deutschland, der ja – angetrieben durch die stetig mächtiger werdende Komintern – auch in der KPD immer mehr Fuß fasste, zum anderen aber einer Erforschung der materiellen Lebensbedingungen, die die Arbeiter für die kommunistische Propaganda empfänglich machten.

Doch nicht nur die Gefahr von links hatte die Regierung vor Augen, sondern auch die Putschversuche und politischen Morde von rechts – nur drei Monate, bevor Weill den Ministerialbeamten Wende in Berlin traf, war Reichsaußenminister Walther Rathenau von rechtsextremen Terroristen der «Organisation Consul» ermordet worden. Jahrelang war Rathenau das Ziel antisemitischer Hetze gewesen, war als «internationaler Jude» und Befehlsempfänger der «Weisen von Zion» verunglimpft worden.¹² Seine Ermordung zog einen Aufschrei nach sich, seine Beerdigung wurde von

Massendemonstrationen begleitet, an denen Hunderttausende Bürger für die Verteidigung der Republik auf die Straße gingen. Immer mehr Menschen verstanden, dass der Antisemitismus sich nicht nur gegen die Juden, sondern gegen die gesamte Demokratie richtete. Es kam zu tumultartigen Szenen im Reichstag, wo sich linke und rechte Abgeordnete gegenseitig anbrüllten und attackierten. SPD-Reichskanzler Joseph Wirth verkündete am 25. Juni 1922, auf die Mitglieder von DNVP und DVP zeigend: «Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden des Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts!»¹³

Es war diese politische Situation, in der Weil den katholischen, republikfreundlichen preußischen Geheimrat Wende für sein Projekt gewinnen konnte. Ob dies auch ohne die Unterstützung Konrad Haenischs im Hintergrund gelungen wäre, mit dem Weil schon seit Längerem bekannt war, lässt sich heute nicht mehr beantworten. Eindeutig aber spielte Erich Wende eine Schlüsselrolle bei der Gründung des Instituts für Sozialforschung. Es gelang ihm, weitgehend hinter dem Rücken von Kultusminister Boelitz im Namen des Ministeriums die Errichtung eines Instituts zu unterstützen, das von Anfang an als marxistische Forschungseinrichtung geplant war. Wie genau Wende über die Absichten Weils und Gerlachs im Bilde war, ist schwer zu rekonstruieren, aber Felix Weil hat am Ende seines Lebens darauf insistiert, offen mit dem Geheimrat gesprochen zu haben. Auch in einem Brief vom November 1929 an Boelitz' Nachfolger als Kultusminister, Carl Heinrich Becker, heißt es bereits, er, Weil, habe Wende damals klar kommuniziert, dass es darum gehe, «dem Marxismus eine von jeder außerwissenschaftlichen Einmischung freie akademische Heimstätte zu schaffen».¹⁴ Ob dem wirklich so war oder ob – was wahrscheinlicher ist – Wende einfach von der Notwendigkeit sozialwissenschaftlicher Forschung überzeugt war, steht dahin.¹⁵ Gerlachs und Weils Denkschrift gaben ihm jedenfalls gute Argumente an die Hand: «Erkenntnistrieb wie die Notwendigkeiten jeder Stunde im Sozialleben der Gegenwart» drängten «weiterblickende, hervorragende Männer des Wirtschafts- und Soziallebens» zur Unterstützung gesellschaftswissenschaftlicher Forschung, heißt es dort.¹⁶ Jenseits «einseitiger parteipolitischer Einstellung» wolle das Institut «mit weitreichender Objektivität an die Erforschung des sozialen Lebens» gehen, versicherten die Autoren. Frankfurt sei der ideale Ort für ein solches Institut, schließlich sei die

Metropole am Main die «weltoffenste Stadt» Deutschlands, sie liege «im Zentrum des vorwiegend in Betracht kommenden Zivilisationskreises», und der «besondere, moderne Charakter der Frankfurter Universität, insbesondere auch ihrer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, an die das Institut zweckentsprechend anzulehnen wäre, gewährleisten einen besonders günstigen Rückhalt».¹⁷

•••

Tatsächlich war die Frankfurter Universität in mancher Hinsicht einzigartig. Als erste deutsche Stiftungsuniversität spielten in ihr bürgerliche Mäzene der Stadtgesellschaft vor allem in der Anfangsphase eine herausragende Rolle. Die «Königliche Universität zu Frankfurt am Main», die 1914 im Zuge einer Zusammenlegung unterschiedlicher Forschungsinstitutionen gegründet und mit Promotionsrecht ausgestattet wurde, verstand sich selbst als moderne Einrichtung, die sich von den Traditionsuniversitäten durch ihren liberalen Charakter abhob. Nicht zuletzt die finanziellen Zuwendungen wohlhabender jüdischer Bürger Frankfurts, vor allem des Unternehmers Wilhelm Merton, der 1890 das Institut für Gemeinwohl, 1901 die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften und 1903 das Soziale Museum mitbegründet hatte, aus denen später die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät hervorgehen sollte, waren ausschlaggebend dafür, dass auch jüdische Wissenschaftler nach Frankfurt berufen wurden – etwas, das in Tübingen oder Heidelberg zu diesem Zeitpunkt noch eine Seltenheit war. Eines der prominentesten Beispiele war der Soziologe Franz Oppenheimer, der 1919 auf den ersten Soziologie-Lehrstuhl in Deutschland berufen wurde, eine von dem Unternehmer Karl Kotzenberg mit 300 000 Mark (etwa 750 000 Euro nach heutiger Kaufkraft) gestiftete Professur an der Frankfurter Universität.¹⁸ Zahlreiche seiner Schüler sollten später mit dem Institut für Sozialforschung eng zusammenarbeiten, darunter der Soziologe Fritz Sternberg, der Psychologe Kurt Goldstein, der Theologe Paul Tillich und der Ökonom Adolph Löwe. Oppenheimers Habilitand Siegfried Budge, ein Nationalökonom, betreute zum Zeitpunkt der Verhandlungen zwischen Weil und Wende die Doktorarbeit Friedrich Pollocks.

Auch Felix Weils Vater gehörte schon lange zu den Mäzenen der Uni-

versität. In einem Brief an den Frankfurter Oberbürgermeister Georg Voigt vom 1. Februar 1923 listete Weil seine jüngsten Spenden in Höhe von insgesamt 72 Millionen Mark (zu diesem Zeitpunkt, am Beginn der Hyperinflation, etwa 1730 US-Dollar, also nach heutiger Kaufkraft ungefähr 30 000 Euro) auf, die er soeben getätigt hatte: Neben Zuwendungen für die Tuberkulosenfürsorge, das Senckenbergische Museum, das Biologische Institut, die Medizinische und die Naturwissenschaftliche Fakultät fielen vor allem Zahlungen für die Armenfürsorge ins Gewicht, etwa für den Armenverein, die Kriegskrüppelfürsorge, die Kinderhilfe und den Almosenkasten der Israelitischen Gemeinde. Auch das Jüdische Krankenhaus und das Gumpertz'sche Siechenhaus erhielten substanzielle Beiträge. Die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät sowie die 1921 gegründete, gewerkschaftsnahe Akademie der Arbeit wurden ebenfalls bedacht. Bedürftigen Frankfurter Studenten spendete Weil eine Million Mark, allerdings – wie er explizit festhielt – «unter Ausschluss der Mitglieder des Hochschulrings, Deutsch-Völkische und Antisemiten».¹⁹ Er hätte noch viel mehr gespendet, fügte er an, «wenn mich nicht das Treiben der Antisemiten, Rathenau-&Erzberger-Mörder und speciell die Haltung der Gerichte in den letzteren Fällen, angeekelt hätten».²⁰ Doch acht Monate später schickte Weil eine neue Liste, und wieder hatte er 25 Millionen Mark für verschiedene wohltätige und wissenschaftliche Zwecke gespendet.²¹

Neben dieser vielfältigen Spendentätigkeit hatte Weil aber bereits im Herbst 1920 eine Hermann-Weil-Stiftung mit einem Grundbestand von 200 000 Mark gegründet, der beständig aufgestockt werden sollte.²² Zweck der Stiftung sei es, so der Satzungstext, «Forschung und Lehre auf dem Gebiete der Sozialwissenschaften, insbesondere des Arbeitsrechts und der Arbeitsverfassung» zu unterstützen.²³ Dabei sollte die Hälfte der Stiftungsausgaben dem Ausbau des Archivs und der Bibliothek des Sozialen Museums zugutekommen, das es sich zur Aufgabe gemacht hatte, als «Beobachtungs- und Sammelstelle sozialer Erfahrungen die Grundbedingungen planvoller Sozialpolitik, Wohlfahrtspflege und Fürsorge sorgfältig [zu] erforschen».²⁴ In dem Museum wurden Materialien und Publikationen zu diesem Themenfeld gesammelt, es wurden Vorträge, Lehrgänge und Tagungen veranstaltet, dazu gab es ein umfassendes Beratungsangebot.²⁵ Es handelte sich damit um ein sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut mit enger Praxisanbindung, das allerdings in keiner

direkten Verbindung zur Universität stand. Doch die Satzung der Weil-Stiftung sah bereits 1920 die Möglichkeit für die «Dotierung eines Lehrstuhls oder Lehrauftrages» vor und beabsichtigte, «befähigte Studierende und junge Gelehrte durch angemessene Honorare in ihren sozialwissenschaftlichen Studien [zu] fördern».

Diese Vielzahl an sozialwissenschaftlichen und sozialpolitischen Einrichtungen, die einander ergänzten und auf personeller Ebene vielfältig ineinander verwoben waren, machten Frankfurt zu einem naheliegenden Standort für das neue Institut für Sozialforschung. Gerlach und Weil mussten sich nicht verbiegen, um Geheimrat Wende die Gründung dieser Einrichtung zu plausibilisieren. Vielmehr war es die Universität, die Weil Probleme bereitete.

Anfänglich hatte es noch so ausgesehen, als würde die Universität die Institutsidee voll unterstützen. Der erste Quellenbeleg für Verhandlungen zwischen Weil und der Universität ist ein Brief des Volkswirtschaftlers und SPD-Mitglieds Ernst Pape an Kultusminister Boelitz vom 23. Juni 1922 – also drei Monate bevor Weil den Regierungsrat in Berlin aufsuchte. In dem Schreiben Papes heißt es, dass «die Errichtung eines Instituts für Sozialforschung» generell möglich sei: «Herr Dr. rer. pol. W., der sich binnen kurzem habilitieren wird, beabsichtigt ein Institut im vorliegenden Sinne als Privatinstitut auf eigene Kosten einzurichten und zu unterhalten.»²⁶ Die Bibliothek und das Archiv würden aus den Beständen eines «Frankfurter Dozenten» – gemeint ist Gerlach – bestückt. Die Aufsicht über dieses Privatinstitut solle beim Kultusministerium liegen. Auch die Frage der Räumlichkeiten sei bereits geklärt. Es habe «sich ein Stifter, der vorläufig ungenannt bleiben will, bereit erklärt, der Senckenbergischen [Naturforschenden] Gesellschaft die Mittel zu einem auf ihrem Grund und Boden zu errichtenden Anbau an das Universitätsgebäude (Jügelhaus) zur Verfügung zu stellen, dessen untere Räume dem Senckenbergianum für seine Zwecke überlassen werden, während die oberen Stockwerke für Herrn Dr. W. und sein Institut vorgesehen werden.»²⁷ Boelitz scheint nach diesem Brief nicht weiter in die Angelegenheit involviert gewesen zu sein, denn nun intensivierten sich zunächst einmal die Verhandlungen zwischen Felix Weil mit der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, dem Universitätskuratorium sowie der formell von der Universität unabhängigen Senckenbergischen Gesellschaft (SNG).

Am 22. August 1922 wandte sich der Direktor der Gesellschaft, Arthur von Weinberg, an das Kuratorium: «Seit einiger Zeit werden in der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft Baupläne erörtert, deren Anregung auf einen der größten Gönner der Universität Frankfurt, Herrn HERMANN WEIL zurückgeht. Obwohl nun diese Vorbereitungen noch nicht über ein Anfangsstadium hinaus sind, möchte die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft das Kuratorium doch auf dem Laufenden halten [...]»²⁸ Hermann Weil wolle für seinen Sohn ein Institut errichten, schrieb Weinberg, habe sich als großzügiger Förderer der SNG aber dazu bereit erklärt, dieses Institut in einem neu zu errichtenden Anbau an die Universität unterzubringen, der in das Eigentum der SNG übergehen solle. Das Institut für Sozialforschung hätte demnach das zweite und dritte Stockwerk des Neubaus angemietet, während die Kellerräume, das Erdgeschoss und der erste Stock vom Mineralogischen Institut der Universität genutzt würden. Dies würde auch die angespannte Raumlage in der Universität verbessern, denn das Geologisch-Paläontologische Institut könne dann die bislang von den Mineralogen genutzten Räumlichkeiten übernehmen. Es schien, als sei dies eine Win-win-Situation, aus der alle Parteien nur Vorteile ziehen könnten. Die Pläne förderten den «Zukunftsgedanken» der SNG, erklärte Weinberg, und bedeuteten einen «gewaltigen Fortschritt für den Ausbau der Frankfurter Universität».²⁹ Der Paläontologe Fritz Drevermann wurde beauftragt, die weiteren Verhandlungen zu führen.

Beigefügt war dem Brief an das Kuratorium auch die Denkschrift Gerlachs und Weils, in der es noch ganz unverbindlich hieß, es sei eine «Anlehnung an die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität» sehr erwünscht.³⁰ Die Hauptaufgabe des zu gründenden Instituts sei – in verblüffender Ähnlichkeit zu der von Hermann Weil geförderten Bibliothek des Sozialen Museums – der Aufbau eines Archivs und «einer Bibliothek der die sozialen Probleme betreffenden Literatur».³¹ Auf Grundlage der im Institut gesammelten Materialien, die die Bestände der Universitätsbibliotheken ergänzen sollten, könnten dann, heißt es in der Denkschrift, Forschungsarbeiten «unabhängig von parteipolitischen Rücksichten» vorgenommen werden. Tatsächlich gab es zu diesem Zeitpunkt keinerlei Grund für Universität und SNG, an der Nützlichkeit einer Institutsgründung zu zweifeln.

Das änderte sich allerdings kurze Zeit später, nachdem Gerlach Ende August mit dem Dekan der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Paul Arndt, zusammengetroffen war und diesem überraschend erklärt hatte, das Institut für Sozialforschung solle zwar der Universität angeschlossen, zugleich aber «vollständig unabhängig von der Fakultät» sein und lediglich der Aufsicht des Kultusministeriums unterstehen.³² Nicht ganz zu Unrecht befürchtete Arndt, dass die Universität keinerlei Kontrolle über die am Institut betriebene Forschung und dessen Personalentscheidungen mehr haben würde. Verschärfend trat hinzu, dass Weil und Gerlach nun von dem Gedanken Abstand nahmen, den Neubau in das Eigentum der Universität zu überstellen. Vielmehr würde das Institut der Universität zwar unentgeltlich Räumlichkeiten zur Nutzung überlassen, nicht aber den Eigentumstitel abtreten. Der Hintergedanke Weils war zweifellos, die wissenschaftliche und politische Unabhängigkeit des Instituts zu wahren, doch gerade diese bereitete Fakultät und Kuratorium Sorgen.

•••

Es war just in dieser Situation, als die Verhandlungen zu scheitern drohten, dass Weil Geheimrat Wende um Unterstützung bat. Das war ein außerordentlich kluger Schachzug, der letztlich für die erfolgreiche Gründung des Instituts ausschlaggebend war, denn Wendes Autorität als Ministerialrat war die Voraussetzung dafür, dass ein Kompromiss zwischen den Parteien ausgehandelt werden konnte. Zunächst wandte er sich am 10. November 1922 an das Kuratorium und erklärte beschwichtigend, es handele sich aus Sicht des Ministeriums bei der Institutsgründung zweifellos «um ein ernsthaftes wissenschaftliches Unternehmen». Um die Anbindung an die Universität zu gewährleisten und gleichzeitig den Einfluss der Fakultät sicherzustellen, regte er an, dass der Institutsdirektor zwar auf Vorschlag der Stifter vom Kultusministerium ernannt werden musste und unter dessen Aufsicht stand, zugleich aber ordentlicher Professor der Fakultät sein müsse. Dadurch war auch die Befürchtung des Kuratoriums ausgeräumt, einen wissenschaftlich nicht ausreichend qualifizierten Direktor – etwa Weil selbst – vor die Nase gesetzt zu bekommen.

Damit war aber noch nicht die zweite Frage geklärt, nämlich die des

Eigentums am Neubau. Da in dieser Sache keine Einigung mit der Universität zu erwarten war, hatte sich Weil kurzerhand entschlossen, von der Idee des Anbaus an das Jügelhaus Abstand zu nehmen und stattdessen auf einem in unmittelbarer Nähe der Universität gelegenen Grundstück ein alleinstehendes Gebäude bauen zu lassen.³³ Das Grundstück in der Viktoria-Allee 17 war in städtischer Trägerschaft, daher musste Weil mit Oberbürgermeister Georg Voigt in Verhandlungen treten. Auch hier traten Probleme auf, denn die Stadt war keineswegs gewillt, das Grundstück abzugeben. Erneut trat Wende unterstützend auf den Plan. Am 21. November 1922 richtete er in einem Brief an Voigt die Frage, «ob die mir mitgeteilten Schwierigkeiten in der Tat bestehen und ob es Ihrem Einfluss nicht gelingen kann, sie aus dem Wege zu räumen».³⁴ Voigt antwortete zwei Wochen später, er habe sich «für das Zustandekommen der Errichtung eines sozialwissenschaftlichen Instituts lebhaft interessiert» und stehe einem Verkauf des Grundstücks nicht im Weg.³⁵ Drei Tage später wurde der Kaufvertrag geschlossen, die Mitte Oktober eigens gegründete Gesellschaft für Sozialforschung e. V. (GfS) erwarb das Grundstück für 70 Mark pro Quadratmeter.³⁶

Hierdurch waren zwar nicht alle Differenzen ausgeräumt, aber doch ein Weg gefunden, den Widerstand der Fakultät zu brechen. Auch diese war in ihrer Haltung gespalten, die Ökonomen Ernst Pape und Wilhelm Gerloff standen der Gründung eher positiv gegenüber, während besonders Arndt weiterhin skeptisch blieb. Aber auch er musste zugeben, dass der Zugewinn eines gesamten Stockwerks nicht zu verachten war und zudem ja nun die Aussicht bestand, ein Mitglied der Fakultät als Institutsdirektor einzusetzen.

Diese Hoffnungen hatten noch einmal Auftrieb erhalten durch den überraschenden Tod Kurt Albert Gerlachs am 19. Oktober 1922, der ganz plötzlich seiner Diabeteserkrankung erlegen war.³⁷ Für Weil, der mit Gerlach freundschaftlich verbunden war, war das nicht nur auf der persönlichen Ebene ein schwerer Schlag, sondern auch im Hinblick auf die Institutsgründung. Es war vollkommen ausgeschlossen, einen der Frankfurter Ordinarien an Gerlachs Stelle zu setzen, denn keiner von ihnen war auch nur ansatzweise dem Marxismus zugeneigt. Karl Korsch, der sich ein Jahr zuvor in Jena habilitiert hatte, wäre die nächstliegende und im Kreis der GfS auch diskutierte Lösung gewesen, aber als KPD-Mitglied hätte er das

ohnehin auf wackligen Beinen stehende Institutsprojekt mit großer Sicherheit zum Einsturz gebracht.³⁸ Zudem war er an der Universität Jena lediglich als Privatdozent tätig, sodass es unwahrscheinlich gewesen wäre, dass die Frankfurter Fakultät ihn als Ordinarius akzeptiert hätte.

Dennoch bekundete Weil in einem Brief an Wende, es müsse sich bei dem neuen Leiter nicht unbedingt um einen bereits etablierten Professor handeln. Es sei «durchaus denkbar, dass einmal ein jüngerer Herr berufen werden soll, der viel eher die Stellung eines Extraordinarius einnehmen könnte».³⁹ Womöglich spielte Weil schon zu diesem Zeitpunkt mit dem Gedanken, einen seiner beiden frisch promovierten Freunde, Friedrich Pollock und Max Horkheimer, eines Tages auf den Direktorenposten zu setzen, zumal beide eng in die Institutsgründung involviert waren. Doch um die Jahreswende 1922/23 kamen weder Horkheimer noch Pollock für den Posten infrage. Es wäre vermutlich weder beim Kultusministerium noch bei der Fakultät durchzusetzen gewesen, einem nicht-habilitierten Nachwuchswissenschaftler die Leitung eines der Universität angeschlossenen Instituts zu überlassen.

Weil suchte fieberhaft nach einer Lösung, zumal der formelle Antrag zur Zulassung des «Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt am Main» bereits am 13. November 1922 offiziell gestellt worden war – erneut mithilfe Wendes, der sogar bei der Formulierung des Antragstextes half.⁴⁰ Schnell wurde klar, dass nur die Stiftung einer neuen Professur ein gangbarer Weg war. Diese Professur sollte eine Scharnierfunktion zwischen Fakultät und Institut einnehmen, der Lehrstuhlinhaber wäre ordentlicher Professor der Frankfurter Universität und Institutsdirektor in Personalunion. Erneut schaltete er Wende ein, der versicherte, sich gegenüber der Universität für das Vorhaben einer Stiftungsprofessur einzusetzen. Als Kandidaten für den Direktorenposten hatten Weil und Pollock zunächst den Berliner Historiker Gustav Mayer auserkoren, der dem rechten Flügel der SPD nahestand, aber kein Parteimitglied war.⁴¹ Mayer, der aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Brandenburg stammte, war 1893 in Basel mit einer Arbeit über Ferdinand Lassalle promoviert worden und 1919 mithilfe Konrad Haenischs gegen den Willen der Philosophischen Fakultät auf eine außerordentliche Professur für die Geschichte der Demokratie und des Sozialismus in Berlin gehievt worden. Sein Schwerpunkt war die Geschichte der Arbeiterbewegung, und

1920 hatte er durch seine zweibändige Biographie zu Friedrich Engels eine gewisse Bekanntheit erlangt.⁴² Als kommunistischer Aufrührer galt er sicher nicht. Doch die Verhandlungen gestalteten sich schwierig, denn Mayer weigerte sich, die GfS zukünftig in seine Personal- und Forschungsentscheidungen einzubeziehen. Er forderte die absolute Kommandogewalt über das Institut, die wiederum Weil ihm nicht gewähren wollte.⁴³ Nach den anfänglich Erfolg versprechenden Verhandlungen trübte sich die Stimmung zwischen Mayer und Weil immer weiter ein, sodass dieser nach Alternativen Ausschau hielt.

• • •

Mitte Dezember 1922 fuhr Weil nach Wien, um bei dem dortigen Professor für Nationalökonomie, Carl Grünberg, vorzufühlen, ob er sich einen Umzug nach Frankfurt vorstellen könne. Grünberg war eine Koryphäe auf seinem Gebiet, der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Als Sohn einer deutschsprachigen jüdischen Familie aus Bessarabien stammend, war er vor allem im damals zum Habsburger Reich gehörenden Czernowitz aufgewachsen, einer jüdisch geprägten Kulturmetropole, die nicht zuletzt als Wiege der modernen jiddischen Kultur berühmt wurde. Nach seiner Matura schrieb sich Grünberg zum Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien ein, das er 1886 mit einer von Anton Menger und Lorenz von Stein betreuten Promotion abschloss. Während Menger den sogenannten «Kathedersozialisten» angehörte, die den Sozialismus rechtstheoretisch begründen wollten, hatte Stein bereits im Vormärz zu den ersten deutschen Wissenschaftlern gehört, die sich ernsthaft mit den verschiedenen Strömungen des Socialismus und Communismus – so die damalige Schreibweise – auseinandersetzten. Seine 1842 veröffentlichte Schrift *Der Socialismus und Communismus des heutigen Frankreichs* hatte etliche deutsche Demokraten überhaupt erstmals auf die Existenz sozialistischer Bewegungen im Nachbarland aufmerksam gemacht.⁴⁴ Schillernde Figuren wie Moses Hess und Michail Bakunin bekannten, erst durch Steins Buch erstmals das Wort «Communismus» gehört zu haben.⁴⁵

Auch Grünberg dürfte während seines Studiums mit diesem Thema konfrontiert worden sein. Zunächst arbeitete er jedoch als «Hof- und Ge-

richtsadvokat», also als Rechtsanwalt, ab 1897 dann als verbeamteter «k. k. Gerichtssekretär».⁴⁶ Offenbar diente die Juristerei Grünberg vor allem als Broterwerb, denn 1890 schrieb er sich an der Universität Straßburg ein und hörte bei Georg Friedrich Knapp und Gustav Schmoller, den beiden Hauptvertretern der Historischen Schule der Nationalökonomie, die zeitlebens einen wichtigen Einfluss auf seine historisch ausgerichtete Forschung behalten sollten. 1894 habilitierte er sich bei Knapp mit einer Arbeit über die Geschichte der Bauernbefreiung und war fortan – nach dem karrierebedingten Übertritt zum Katholizismus 1892 – als Privatdozent an der Wiener Universität tätig.⁴⁷ Erst 1899 gelang es ihm endlich, im Alter von fast fünfzig Jahren, zum außerordentlichen Professor für Politische Ökonomie an der Universität Wien ernannt zu werden. Jetzt entfaltete er eine eindrucksvolle Lehr- und Forschertätigkeit. Immer mehr geriet er in den Bannkreis des Marxismus, den er vor allem als wissenschaftliche Forschungsmethode schätzte. Zu seinen Schülern zählten die Gründerväter des Austromarxismus, Max Adler, Karl Renner, Otto Bauer, Friedrich Adler und Rudolf Hilferding. 1901 veröffentlichte er einen gewichtigen Band zur österreichischen Agrargeschichte und gab seit 1910 das *Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung* (das sogenannte «Grünberg-Archiv») heraus, in dem internationale Autoren verschiedener politischer Strömungen vertreten waren.⁴⁸ 1909 wurde Grünberg doch noch zum Ordinarius ernannt, 1912 schließlich auf den Wiener Lehrstuhl für Neuere Wirtschaftsgeschichte berufen. Unter sozialdemokratischer Ägide wurde Grünberg dann 1919 der Lehrstuhl für Politische Ökonomie und die Leitung des staatswissenschaftlichen Instituts übertragen. Damit war er, fast sechzigjährig und nun bekennender Marxist, auf dem Höhepunkt seiner Karriere angelangt.

Wieso aber sollte Grünberg, der sich seine Stellung gegen beträchtliche Widerstände erkämpft hatte, nun nach Frankfurt an ein Institut wechseln, das noch nicht einmal existierte und das zudem an eine Universität angebunden war, die beträchtliche finanzielle Probleme hatte, wie er von befreundeten Kollegen erfahren hatte? Wieso sollte Grünberg Wien verlassen, das seit nunmehr vierzig Jahren sein Lebensmittelpunkt war?

Weil hatte gerüchteweise vernommen, dass Grünberg unter erheblicher Überarbeitung litt und sich nach Freiraum für seine Forschung sehnte.⁴⁹ Tatsächlich hatte Grünberg im August 1922, als die Verhandlungen

gen über die Institutsgründung aufgenommen worden waren, in einem Brief gegenüber dem SPD-Parteitheoretiker Karl Kautsky über ein «Übermaß an amtlichen und überamtlichen Verpflichtungen, wie ich es bisher überhaupt noch nicht erlebt habe», geklagt.⁵⁰ Vor allem die vielen abzunehmenden Prüfungen machten ihm zu schaffen. Daher war es nicht vollkommen ausgeschlossen, dass Weil ihn mit seinem Angebot, ein nagelneues Institut zu übernehmen, das nicht nur mit erheblichen finanziellen Mitteln ausgestattet war, sondern vor allem die erste unabhängige Einrichtung zur Erforschung des Marxismus werden sollte, überzeugen könnte. Und tatsächlich: Als Weil ihn in Wien besuchte, sagte er zwar nicht direkt zu, gab seinem Gegenüber aber zu verstehen, er werde sich die Sache durch den Kopf gehen lassen.

Weil hatte Grünbergs Antwort offenbar sehr optimistisch interpretiert, denn er sagte noch zum Jahreswechsel Gustav Mayer endgültig ab und teilte Wende mit, dass die einzurichtende Stiftungsprofessur nun nicht mehr auf Mayer zugeschnitten werden müsse.⁵¹ Grünberg habe «uns erklärt, dass er nicht abgeneigt sei, die Leitung unseres Instituts zu übernehmen».⁵² Sofort habe er deshalb die Fakultät über diese positiven Aussichten in Kenntnis gesetzt, und diese habe auf ihrer Sitzung beschlossen, dem Kultusministerium die Berufung Grünbergs auf den von Weil gestifteten Lehrstuhl für wirtschaftliche Staatswissenschaften vorzuschlagen. Eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen in der Fakultät spielte der Finanzwissenschaftler Wilhelm Gerloff, der ein alter Bekannter Grünbergs war und auch in dessen Zeitschrift veröffentlicht hatte.

Derweil hoffte Gustav Mayer noch immer auf seine eigene Berufung, trotz der Absage Weils. Er war nach wie vor der festen Ansicht, dass nicht die Stiftung den wissenschaftlichen Leiter bestimmen könne, sondern lediglich Kultusministerium und Universität. Als schließlich am 13. Januar 1923 eine Meldung in der *Frankfurter Zeitung* erschien, in der die Berufung Carl Grünbergs als Leiter des Instituts verkündet wurde, kam das aus seiner Sicht einem Affront gleich.⁵³ Auch Wende fühlte sich von Weil hintergangen. Er beschwerte sich bei diesem und informierte gleichzeitig Mayer darüber, dass er der Fakultät gegenüber «rückhaltlos» versichert habe, «das befremdliche Verfahren und die grundsätzlich irrigen Anschauungen des Herrn Dr. jur. Felix Weil» zu verurteilen.⁵⁴ Josef Hellauer, seit 1921 Professor für Betriebswirtschaftslehre in Frankfurt und einer der

Ansprechpartner Wendes in der Fakultät, habe ihm versprochen, Weil ebenfalls ins Gewissen zu reden. Noch ein letztes Mal versuchte Wende zwischen den Parteien zu vermitteln, sah dann aber ein, dass gegen den Willen des Stifters keine nachhaltige Lösung gefunden werden konnte.⁵⁵ Zudem schien Grünberg eine einvernehmliche Lösung zu sein, mit der sich auch die Fakultät einverstanden erklärte.

Damit schien der Durchbruch erreicht. Nur wenige Tage später, am 23. Januar 1923, folgte der von Kultusminister Boelitz unterschriebene Erlass mit der Genehmigung zur Errichtung «eines Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt als einer wissenschaftlichen Anstalt, die zugleich Lehrzwecken der Universität dient».⁵⁶ Das Institut stehe unter ministerieller Aufsicht, der Leiter werde «nach Benehmen mit der Gesellschaft für Sozialforschung e. V.» vom Minister bestellt und müsse «hauptamtlicher Professor der Universität Frankfurt sein».⁵⁷ Das Geld für die zu stiftende Professur würde Hermann Weil bereitstellen, der Bau des neuen Institutsgebäudes noch im März 1923 beginnen.⁵⁸ Nun gab es nur noch ein Problem: Grünberg hatte noch gar nicht zugesagt.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de